

BEIDE STIMMEN ZÄHLEN!

**BAYERN
FÜR ALLE**

DIE LINKE.

Wahlprogramm für die
bayerische Landtagswahl 2008

Landeswahlprogramm
der Partei DIE LINKE. Bayern
beschlossen vom Landesparteitag
am 26. Juli 2008 in Nürnberg

V.i.S.d.P. Eva Bulling-Schröter und Harald Weinberg,
Schwanthalerstraße 91, 80336 München

Inhalt

1. Warum DIE LINKE wählen?	5
2. Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit	8
Soziale Sicherheit ist Menschenrecht	9
Sinnvolle Arbeit für alle organisieren	9
Die Wirtschaft muss den Menschen dienen	12
Öffentliche Daseinsvorsorge nicht privatisieren, sondern ausbauen	14
Gesundheit ist keine Ware – umfassende Gesundheitsversorgung für alle	16
Mehr soziale Hilfen schaffen	17
Menschen mit Behinderungen integrieren	18
Altersarmut verhindern	19
Selbstbestimmtes Leben im Alter	20
Pflegenotstand verhindern	21
3. Bildung für alle statt sozialer Auslese	22
Gemeinschaftsschule – eine Schule für alle	24
Berufliche Bildung verbessern	25
Für eine demokratische Hochschule – weg mit den Studiengebühren	27
Lebensbegleitendes Lernen ermöglichen – Weiterbildung ausbauen	28
Elementarbildung, Jugendhilfe und Sozialarbeit stärken	29
Freiheit für Kunst und Kultur	31
Medienvielfalt statt kommerzielle Verflachung	32
4. Gleichberechtigung	34
Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen	34
Für eine zukunftsfähige Migrations- und Integrationspolitik	35
Für die Gleichberechtigung aller Lebensweisen	37
5. Für ein demokratisches Bayern	39
Für die Demokratisierung der Verwaltung	39
Freiheitsrechte und »Innere Sicherheit«	40

Drogenpolitik – Hilfe statt Repression	42
Privatsphäre schützen – Nein zum »gläsernen Menschen«	42
Flüchtlinge brauchen Schutz – Asylrecht ausbauen	43
Antifaschismus	44
6. Für ein lebenswertes Bayern	46
Natur und Landschaften schützen	46
Abfallwirtschaft	47
Wasser und Abwasser	48
Verkehr	48
Transrapid	50
Gegen Patente auf Software	51
Klima- und Energiepolitik	51
Dem Dorf eine Zukunft geben	53
Für einen ökologisch orientierten Landbau – gegen Gentechnik	54
Bayerns Wälder – Kulturgüter, Naherholungsgebiete und Wirtschaftsfaktoren	55
Tierschutz – Ein Gebot der Menschlichkeit	56
7. Für den Frieden – gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und die weiter Militarisierung	57

Warum DIE LINKE wählen?

Bayern ist ein reiches Land. Aber inmitten des Reichtums wächst neue Armut und viele Menschen sind von Zukunftsängsten geplagt. Die Kluft zwischen Reich und Arm, zwischen den herrschenden Eliten und der großen Mehrheit, zwischen Stadt und Land wächst.

Mit ihr wächst die Ungleichheit der Lebenschancen, die soziale Ungerechtigkeit. Ein sozialer Riss geht durch Bayern.

DIE LINKE wird Bayern verändern. Sie wird die Stimme des sozialen Gewissens und der Gerechtigkeit sein, die im Bayerischen Landtag bislang fehlt. DIE LINKE tritt an für eine andere Politik, für die Einheit aus sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit. Sie steht für Demokratie und Frieden. Sie will, dass die guten Normen der Bayerischen Landesverfassung Wirklichkeit werden.

DIE LINKE will Gerechtigkeit für alle Menschen, insbesondere für die, die durch Armut, Ausgrenzung, Krankheit oder sonstige Einschränkungen benachteiligt sind. Der Gedanke der Geschlechterdemokratie durchzieht unsere Politik und unser Programm. DIE LINKE will ein »Bayern für alle«.

DIE LINKE ist eine junge Partei. Sie wurde im Juni 2007 neu gegründet als Zusammenschluss aus der Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative (WASG) und der Linkspartei.PDS. Im Bundestag hat sie als einzige wirkliche Opposition viel in Bewegung gebracht. Die Fraktion der LINKEN ist in Deutschland und Europa als Stimme für Frieden und soziale Gerechtigkeit unüberhörbar geworden. Die Partei DIE LINKE hat seitdem viele tausend neue Mitglieder gewonnen.

Auch im Bayerischen Landtag wird DIE LINKE ihre Stimme erheben und der CSU keine Ruhe gönnen. Denn die von Beckstein geführte Regierung hat für die sozialen Probleme der Menschen kein Verständnis. Ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik ist an den Interessen der großen bayerischen Konzerne ausgerichtet. Erwerbslose werden nur verwaltet, die sozial Benachteiligten an den Rand gedrängt. Im Bund hat die bayerische CSU die Agenda-Politik der rot-grünen Bundesregierung mit betrieben. Sie trägt die Politik der sozialen Kälte in der Großen Koalition mit und treibt den Klassenkampf von oben voran. Damit verschärft sie die sozialen Probleme.

Die SPD hat spätestens unter Schröder mit dem Schwenk zur Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen ihre Legitimation verloren, für die sozial Benachteiligten, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sprechen.

Aus den einst rebellischen Grünen ist eine Partei der Besserverdienenden und Etablierten geworden. Mit ihrer tatkräftigen Mitwirkung bei den Hartz-Gesetzen, ihrer Zustimmung zum Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien und dem Bundeswehreininsatz in Afghanistan hat sie sich sozial- und friedenspolitisch unglaublich gemacht.

Die grundlegenden Richtungsentscheidungen der vergangenen Jahrzehnte sind von einer ganz großen Koalition der Parteien getroffen worden, die zurzeit noch alleine im Bayerischen Landtag sitzen. Das gilt für viele Bundesgesetze, die von SPD und Union in der Großen Koalition gemeinsam ausgeheckt wurden,

für die GRÜNE und die SPD im Bundestag ihre Hand gehoben haben – auch ihre bayerischen Abgeordneten. Das betrifft die Hartz-Gesetze ebenso wie die Rentenreform, die Senkung der Einkommensteuer für Reiche, die Senkung der Unternehmensteuer und die faktische Abschaffung der Vermögensteuer.

Die Oppositionspolitik von SPD und GRÜNEN im Bayerischen Landtag ist zaghaft, halbherzig und oft ohne Wirkung. Es wird deshalb Zeit für eine unüberhörbare Opposition, die wie bereits auf Bundesebene, auch in Bayern Themen setzt.

Der kaum gebremste Kapitalismus schafft immer mehr Ungerechtigkeit. Er ist kalt wie die neoliberale Politik, die ihn für alternativlos erklärt. Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist nicht in der Lage, die Arbeits- und Lebensinteressen der Menschen dauerhaft zu sichern.

Mehr und mehr beschädigt die herrschende Politik den sozialen Frieden und schwächt das Vertrauen in die Demokratie: Millionen Bürgerinnen und Bürger werden durch Massenarbeitslosigkeit, Hartz IV und prekäre Beschäftigung ausgegrenzt. Immer mehr Menschen erkennen, dass sie nur noch als Kostenfaktoren gesehen werden. Das Vertrauen in die Gestaltungsfähigkeit der Politik sinkt. Es wundert nicht, dass die Wahlbeteiligung beständig abnimmt. Das schädigt die Demokratie. In einem solchen Klima gewinnen Rechtsextremisten mit Sozialdemagogie und rassistischen Parolen an Zulauf.

DIE LINKE nimmt dies nicht einfach hin. Wir stehen zu der im Grundgesetz verankerten Verpflichtung zu Demokratie, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit. Wir treten für eine friedliche Politik des Ausgleichs der Interessen und der Verständigung ein. Und wir folgen dem antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes. Die Lehren aus Auschwitz, Dachau, Flossenbürg und Buchenwald beeinflussen unser politisches Handeln. Wir fühlen uns dem antifaschistischen Geist, wie er im Artikel 184 der Bayerischen Verfassung zum Ausdruck kommt, verpflichtet und fordern das unverzügliche Verbot der NPD.

Auch in Bayern sehen sich viele Menschen nicht mehr durch die etablierten Parteien vertreten. Für sie ist DIE LINKE zu einem Hoffnungsträger geworden.

Mit Ihrer Stimme für DIE LINKE unterstützen Sie die Wende zum neuen sozialen Denken und zur Stärkung der Demokratie in Bayern.

Eine andere Politik ist finanzierbar

Seit mehr als 25 Jahren betreiben SPD und CDU/CSU zusammen mit FDP und GRÜNEN in trauter Eintracht und wechselnden Rollen dieselbe Politik: Sie schenken Jahr für Jahr den Reichen und Wohlhabenden, den Unternehmen und Konzernen mit immer neuen Steuererleichterungen immer mehr Geld. Der Anteil der Steuern aus Gewinneinkommen und Vermögen am gesamten Steueraufkommen ist extrem gesunken.

Die Steuergeschenke für die Reichen führen zu Milliardenausfällen. Dafür belastet die Große Koalition mit der Mehrwertsteuererhöhung besonders die Haushalte mit geringem Einkommen. Bund und Länder haben mit ihrer Steuerpolitik erreicht, dass Deutschland inzwischen das Land mit der niedrigsten Effektivbesteuerung in der EU ist.

Allein eine Anhebung der Abgabequote auf das unter dem ehemaligen CDU-Kanzler Kohl noch geltende Niveau würde ausreichen, die Finanzierung der von der Partei DIE LINKE vorgeschlagenen Investitionsprogramme und Projekte sicherzustellen. Die Anhebung der Steuer- und Abgabenquote auf den EU-Durchschnitt brächte Deutschland 120 Milliarden Euro Mehreinnahmen pro Jahr.

Bei der Politik der Anhäufung von immer mehr privatem Reichtum und der gleichzeitigen Zunahme öffentlicher Armut – vor allem in den Kommunen – ist Bayern alles andere als ein Opfer. Im Gegenteil: Die Staatsregierung hat im Bundesrat die in die falsche Richtung gehende Umverteilung mitgetragen und sogar vorangetrieben.

Die Bayerische Staatsregierung ist stolz auf ihre Politik der Haushaltskonsolidierung, verschweigt jedoch, dass diese weitgehend auf Privatisierungserlöse, ein drastisches Sparprogramm und Personalabbau im Öffentlichen Dienst zurückzuführen ist.

Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte führt zu einer zusätzlichen Umverteilung von unten nach oben. Von ihr profitieren mit Zinsen in Milliardenhöhe vor allem die Inhaber großer Aktien- und Wertpapierdepots.

DIE LINKE fordert: Öffentliche Schulden sollen vor allem durch Eingriffe in die bestehenden Verteilungs- und Vermögensstrukturen mit dem Ziel wachsender Staatseinnahmen schrittweise abgebaut werden. Wichtige Beiträge hierfür wären die gewinnabhängige Gestaltung des Körperschaftsteuersatzes, die Rücknahme der Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften, die Wiedererhebung der Vermögensteuer und der Börsenumsatzsteuer. Damit werden die Länder und vor allem auch die Kommunen in die Lage versetzt, ihre Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit zu erfüllen.

Eine Landtagsfraktion der LINKEN wird auf eine andere Steuerpolitik im Bundesrat drängen. Die Einnahmen aus der Vermögensteuer stehen in vollem Umfang den Ländern zu.

Einen Abbau der öffentlichen Schulden durch Kürzung der Leistungen für Menschen mit geringem Einkommen und der Mittel für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen lehnt DIE LINKE ab. Einer weiteren Neuverschuldung werden wir nur dann zustimmen, wenn die aufgenommenen Kredite wirksam zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, z.B. für ein Zukunftsinvestitionsprogramm, öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse und die Förderung Arbeitsplätze schaffender, umweltfreundlicher und zukunftsfähiger Investitionen verwendet werden.

Bayern hat die bundesweit geringste Zahl an Betriebsprüfungen. Ein Tatbestand, den die Bayerische Staatsregierung offenbar für einen positiven Standortfaktor im globalen Wettbewerb hält. Durch eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Finanzbehörden könnten Steuerhinterziehungen effektiver aufgedeckt und verfolgt sowie intensivere Betriebsprüfungen bei Großunternehmen und Banken durchgeführt werden.

Jede zusätzliche Betriebsprüferin oder Betriebsprüfer erbringt ca. 1 Million Euro mehr an Steuereinnahmen.

Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Die Zahlen des wirtschaftlichen Wachstums erscheinen auf den ersten Blick beeindruckend: Bayern hatte in den vergangenen zehn Jahren ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent, eine vergleichsweise geringe Arbeitslosigkeit und eine Exportquote von annähernd 47 Prozent. Ein scheinbar reiches Land.

In krassem Gegensatz dazu steht die Tatsache, dass in Bayern die Armut gleichzeitig zugenommen hat. Die gesellschaftliche Spaltung nimmt zu: Auf der einen Seite stehen die Erwerbstätigen und ihre Familien, die Arbeitslosen, Rentnerinnen und Rentner, die sozial Schwachen. Bei ihnen kommt wenig bis überhaupt nichts von diesem Wachstum an. Dies fließt in die Taschen der Unternehmen, der Eliten, der Vermögenden, der Aktionäre auf der anderen Seite.

Bei der Kinderarmut wird die gesellschaftliche Kluft besonders augenfällig. Mit Hartz IV hat sie ein Rekordniveau erreicht. In Bayern leben nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (Dezember 2007) nahezu 170.000 Menschen unter 18 Jahren auf Sozialhilfeniveau, davon 130.000 Kinder. In Städten wie Hof, Schweinfurt, Nürnberg oder Coburg werden Quoten von nahezu 20 Prozent Kinderarmut registriert. Die Staatsregierung missachtet die Bayerische Verfassung, nach der »Kinder das köstlichste Gut eines Volkes« sind und den Verfassungsauftrag, Kinder »gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung und gegen Misshandlung zu schützen«.

Die Spaltung in Arm und Reich drückt sich auch regional aus. Während München, Ingolstadt, der Großraum Regensburg und die Region Nürnberg sich zu dynamischen bzw. moderaten Wachstumsregionen entwickelt haben, sind Regionen wie der Nordosten Bayerns und der Bayerische Wald völlig abgehängt.

Hinzu kommen Risiken, die durch die Finanzmarktkrise offenkundig wurden. Nachdem der Finanzminister und CSU-Vorsitzende Huber diese Risiken für die Bayerische Landesbank zunächst schlicht geleugnet hat, musste er schrittweise eingestehen, dass die Verluste bei etlichen Milliarden Euro liegen. Den Schaden für dieses Debakel tragen die Menschen in Bayern.

Die Gefahr, dass diese Krise auf die Realwirtschaft durchschlägt, ist groß. Schon jetzt können die Wechselkurseffekte, besonders die Verteuerung des Euro im Vergleich zum Dollar, die exportorientierte bayerische Wirtschaft empfindlich beeinträchtigen.

Im neoliberalen Geist unterwirft die Staatsregierung jedes Politikfeld – wie Bildung, Kultur, Verkehr, Energie, Forschung, Gesundheit, Entwicklung des ländlichen Raumes, der Regionen und der Städte – dem Dogma der Standortstärkung im globalen Wettbewerb.

Die Sozialpolitik wird als abhängige Variable der Wirtschaftspolitik verstanden. Diese Haltung ist mit dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes und mit der Bayerischen Verfassung nicht vereinbar. Sozialleistungen dürfen nicht wie Brotkrumen vom Tisch der Reichen fallen und sind keine gnädigen Almosen.

Soziale Sicherheit ist Menschenrecht

DIE LINKE streitet für eine Gesellschaft, die allen Menschen ein Leben in Freiheit und sozialer Sicherheit ermöglicht. Ohne Existenz sichernde, sinnvolle Arbeit, ohne freien Zugang zu Bildung und Kultur, ohne soziale Sicherungen und Gesundheitsleistungen fühlen sich Menschen nicht nur ausgeschlossen und erniedrigt, sie sind es auch!

Über 348.000 Menschen waren in Bayern im Januar 2008 offiziell als erwerbslos gemeldet. Hinzu kommen zig Tausende Arbeitslose, die in der Statistik nicht enthalten sind, z.B. Ein-Euro-Jobber, Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen, Betroffene der 58er-Regelung und so genannte »Nichtleistungsbezieher«. 400.000 Rentnerinnen und Rentner in Bayern sind arm; sie müssen mit weniger als 880 Euro pro Monat auskommen.

Fast eine Viertelmillion Menschen müssen von Hartz IV leben. Ihre Nöte scheinen bewusst in Kauf genommen zu werden. Statt eine wirksame Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, sieht sich die Staatsregierung durch den Rückgang bei den Arbeitslosenzahlen sogar in ihrer Wirtschaftspolitik bestätigt.

Eine volkswirtschaftliche Fehleinschätzung mit fatalen Folgen, denn die bisherigen Sozialsysteme sind durch Sozialabbau, Privatisierung, Massenarbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigung, stagnierende und sinkende Einkommen in die Krise geraten und können die Lasten nicht mehr tragen. DIE LINKE setzt sich darum für eine Erneuerung des Sozialstaats ein. Sie verteidigt gemeinsam mit Gewerkschaften und Sozialverbänden die berechtigten Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger auf Existenz sichernde Arbeit, gute Gesundheitsversorgung, Sicherheit im Alter und eine vernünftige Absicherung bei Erwerbslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit.

Sinnvolle Arbeit für alle organisieren

DIE LINKE in Bayern steht für eine Politik, in der die Interessen der breiten Schichten der Bevölkerung Vorrang haben vor Profitinteressen. Längerfristige soziale, ökologische und volkswirtschaftliche Erfordernisse müssen gegen die soziale Blindheit des Marktes erstritten werden. DIE LINKE setzt dieser Entwicklung eine wirksame Arbeitsmarktpolitik entgegen, die die folgenden Anforderungen erfüllt:

- Eine materielle Absicherung, die vor Armut bei Arbeitslosigkeit und im Alter schützt.
- Die aktive Unterstützung Arbeitsloser anstatt Repressionen.
- Die Sicherung eines vollwertigen Einkommens statt Prekarisierung von Arbeit.
- Die Schaffung von Perspektiven und gesellschaftlich nützlichen Aufgaben.
- Den Ausbau von Qualifizierungsangeboten und eine Qualifizierungsoffensive statt Rückgang von Weiterbildungsmaßnahmen.
- Ein am gesellschaftlichen Bedarf ausgerichtetes, quantitativ ausreichendes und qualitativ zukunftsicherndes Ausbildungsangebot.

DIE LINKE fordert eine grundlegende Demokratisierung der Wirtschaft und will sie sozialen Maßstäben unterordnen. Wir treten ebenso wie die Gewerkschaften dafür ein, die Allmacht des Kapitals über wirtschaftliche Entscheidungen zu brechen, die abhängig Beschäftigten besser zu schützen und auf allen wirtschaftlichen Ebenen Mitbestimmungsrechte zu verwirklichen. DIE LINKE setzt sich überall in Bayern konsequent für die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften ein und steht in den aktuellen Kämpfen gegen Arbeitsplatzabbau und Betriebsverlagerungen solidarisch an der Seite der Beschäftigten.

DIE LINKE fordert:

- den Erhalt und die Ausweitung von Flächentarifverträgen,
- den Erhalt und eine Ausweitung öffentlichen Eigentums, um eine gestaltende Wirtschaftspolitik im Interesse des Gemeinwohls zu ermöglichen,
- die paritätische Mitbestimmung in Großunternehmen,
- Löhne, von denen die Arbeitenden vernünftig leben können. Auch deshalb ist ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro unverzichtbar. DIE LINKE. Bayern unterstützt das Volksbegehren des DGB Bayern zur Einführung eines bayerischen Mindestlohngesetzes.

Die Regierungspolitik in Bayern geht jedoch in die andere Richtung. Die Förderung von sozial und ökologisch verträglichen Zukunftstechnologien bleibt hinter den Möglichkeiten zurück. Für Existenzgründer und den Mittelstand gibt es keine überzeugenden Konzepte der Staatsregierung, viele Firmengründungen enden deshalb in der Insolvenz. Der Niedriglohnsektor und der Bereich sozialversicherungsfreier Beschäftigung werden ausgeweitet.

Die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten wird demnächst erneut zur Diskussion stehen. Die Staatsregierung nimmt dabei keine Rücksicht auf die im Handel und im Dienstleistungsbereich Beschäftigten.

Diese neoliberale Politik der Staatsregierung hat das Klima in Betrieben und Verwaltungen verschlechtert, zu Konkurrenzverhalten und Einschüchterungen geführt. Die Positionen von Betriebs- und Personalräten wurden geschwächt. Die CSU-Regierung lässt zu, dass Wahlen von Betriebsräten von Unternehmensleitungen behindert werden. Sie hat die Arbeitszeit von Beamten erhöht und Stellen im Öffentlichen Dienst abgebaut.

DIE LINKE fordert:

- ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm, um öffentliche und soziale Dienstleistungen zu verbessern, öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse und neue Arbeitsplätze mit umweltfreundlichen und zukunftsfähigen Investitionen zu schaffen,
- den Ausbau der Infrastruktur in Bayern,
- eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen, damit diese im »Dritten Sektor«, in dem Verbände, Vereine und Genossenschaften soziale, kulturelle und ökologische Aufgaben erfüllen, investieren und Beschäftigung fördern können,

- Neueinstellungen im Öffentlichen Dienst; vor allem im Bildungs- und Sozialbereich dürfen keine weiteren Arbeitsplätze abgebaut werden,
- die Rücknahme von Entgeltkürzungen sowie der Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld und der Arbeitszeitverlängerung für Angestellte und Beamte des Landes,
- öffentliche Aufträge nur solchen Unternehmen zu erteilen, die nach Tarif bezahlen, ausbilden, Frauen fördern, das Betriebsverfassungsgesetz und ökologische Standards einhalten,
- zusätzliche Arbeitsplätze durch Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich,
- Teilzeitarbeit in einem Volumen, das eine eigenständige soziale Sicherung ermöglicht; jede Arbeitsstunde muss sozialversicherungspflichtig sein,
- eine Initiative »Gute Arbeit« in Bayern zusammen mit Betriebsräten, Personalräten und Gewerkschaften, die besonders in Zukunftsbranchen Projekte für optimale Arbeitsbedingungen schafft,
- die Konzentration von Wirtschaftsförderungsmitteln auf mittelständische Betriebe und Existenzgründer, die tarifliche Standards anwenden und die die Fördermittel zur Sicherung bestehender bzw. zur Schaffung neuer Arbeitsplätze verwenden,
- die Zusammenarbeit kleiner und mittlerer Unternehmen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu fördern,
- Unternehmen, die Arbeitsplätze abbauen und ins Ausland verlegen oder aus steuerlichen Gründen den Firmensitz ins Ausland verlagern, aus den Förderprogrammen des Landes auszuschließen,
- ein generelles Verbot von Massenentlassungen in profitablen Unternehmen und eine Abgabe in Höhe der entstehenden sozialen Folgekosten bei Verlagerung von Betriebsteilen ins Ausland,
- in den Regionen sowie im Land Wirtschafts- und Sozialräte mit Informations-, Initiativ-, Beratungs- und Entscheidungsrechten zu bilden, in denen Gewerkschaften und Unternehmerverbände sowie Sozial-, Umwelt- und Verbraucherverbände vertreten sind,
- ein verbessertes Landesprogramm für erneuerbare Energien und Stoffe zu erarbeiten, das zusätzliche Arbeitsplätze schafft,
- die Gewerbeaufsicht nach jahrelangem Personalabbau wieder personell zu stärken, um den zunehmenden Arbeitsschutzverstößen entgegenzuwirken,
- der ausufernden Sonn- und Feiertagsarbeit Einhalt zu gebieten,
- beschäftigten- und familienfeindliche Ladenöffnungszeiten an Wochenenden und in den Abendstunden zu verhindern,
- die strikte Begrenzung und Befristung der Leiharbeit. Für Leiharbeiterinnen und -nehmer vom ersten Tag der Beschäftigung an gleiche Löhne für gleiche Arbeit sowie gleiche Arbeitsbedingungen, einen Flexibilitätszuschlag und ein generelles Verbot der Leiharbeit bei öffentlichen Arbeitgebern.

Im Landtag wird DIE LINKE Bundesratsinitiativen Bayerns zur Abschaffung der Hartz IV-Regelungen, für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro, eine aktive Arbeitsmarktpolitik, mehr Mitbestimmung und die Stärkung der Gewerkschaften fordern.

Die Wirtschaft muss den Menschen dienen

Bayern ist längst nicht mehr ein Hort ungebremster wirtschaftlicher Entwicklung. Ganze Regionen und Branchen stehen wirtschafts- und sozialpolitisch am Abgrund. Bayern braucht eine Wirtschafts-, Struktur- und Regionalpolitik, die der Entwicklung aller Regionen zu Gute kommt.

Vor allem Nordostbayern wird von einer zukunftsfähigen Entwicklung immer weiter abgehängt. Die Auswirkungen auf das Leben der dort lebenden Menschen sind erschreckend. Wer in Bayerns Nordosten lebt, stirbt um Jahre früher, die oberfränkischen Frauen beziehen eine Durchschnittsrente von deutlich weniger als 500 Euro, in Hof lebt mehr als ein Fünftel der Bewohner von Transferleistungen, der Landkreis Wunsiedel verliert alljährlich 1.000 Einwohner.

Die Staatsregierung erweist sich in Bayern als unfähig, die von der Verfassung geforderten gleichwertigen Lebensverhältnisse herzustellen. Neben ihren wirtschafts- und strukturpolitischen »Leuchttürmen« versinken ganze Regionen in Armut. Die CSU hat kein Konzept gegen die wirtschaftliche Gefährdung von Branchen und Regionen. Sie redet noch immer von modernen Branchen, während diese – z.B. die Luftfahrtindustrie – in der Krise stecken. Die Staatsregierung beschränkt sich auf das Schönreden der Situation und auf die Förderung weniger, teilweise kontraproduktiver Großprojekte.

Notwendig sind neue strukturpolitische Instrumente wie eine regionalisierte, aktive Arbeitsmarktpolitik, regionale Wagniskapitalfonds sowie neue Modelle der stufenweisen Projektförderung.

Die spezifische Situation der altindustrialisierten Branchen und Regionen muss aufgegriffen werden, Branchen- und Zukunftskonzepte müssen entwickelt werden. Dabei gilt es, die dort vorhandenen Kapazitäten und das vorhandene Knowhow, aber auch den gesellschaftlichen Bedarf im Allgemeinen wie den regionalen Bedarf im Besonderen für die Weiterentwicklung zu nutzen.

Die industriellen Kerne müssen gesichert und ausgebaut werden. Wer den Menschen einreden will, allein in der so genannten Wissensgesellschaft läge die Zukunft, täuscht sie. Wir werden auch morgen noch die Produktion von Waschmaschinen, Fahrzeugen, Möbeln etc. benötigen.

Wir wollen die Zukunft sozial, ökologisch und produktiv gestalten. Deshalb müssen leistungs- und zukunftsfähige Industriestrukturen gefördert und Industriestandorte ökologisch und sozial umgebaut statt abgebaut werden. In strukturschwachen Regionen müssen neue Wege der Vernetzung bereits vorhandener Potenziale genutzt und entsprechend gefördert werden. Dies gilt auch in den Bereichen Landwirtschaft, Direktvermarktung, Handwerk und Tourismus.

Insgesamt müssen Unternehmen, Gewerkschaften, Betroffene, Regionsvertreter und Kommunen, Arbeitsverwaltung und Hochschulen, Forschungsinstitute und sonstige Bildungsträger zusammenarbeiten. Das innovative Potenzial von Existenzgründern und investitionsbereiten Klein- und Mittelbetrieben muss gesichert und ausgebaut werden. Dafür bedarf es zielgerichteter Beratung und Förderung, insbesondere bei der Gründung solidarischer Wirtschaftsformen wie z.B. Genossenschaften.

Wir wollen in Bildung und die Qualifikation der Menschen investieren. Dazu muss das Bildungsangebot insbesondere in den strukturschwachen Regionen gezielt entwickelt werden. Dies gilt für Vorschulen und Schulen, berufliche Bildung und Hochschulen. Gerade in Bereichen struktureller wirtschaftlicher Umbrüche haben Qualifizierung und Weiterqualifizierung eine wichtige Bedeutung. Sie müssen zu einer vollwertigen vierten Säule unseres Bildungssystems ausgebaut werden.

DIE LINKE fordert:

- eine Regionalpolitik »aus einem Guss«: Regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktprobleme nehmen immer stärker zu. Sie können nicht allein mit unterschiedlichen oder gar konkurrierenden Instrumenten und Fördertöpfen von EU, Bundes-, Landes-, und Regionalebene gelöst werden,
- reale und unmittelbare Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten der betroffenen Regionen bei Zielen, Instrumenten und der Verwendung finanzieller Mittel,
- regionale Entscheidungsgremien mit mehr Aufgaben und Befugnissen um weitgehend in eigener Verantwortung Probleme lösen und Zukunft gestalten zu können,
- die einzurichtenden Wirtschafts- und Sozialräte in ganz Bayern auch in Umweltfragen zwingend an der Erarbeitung und der Beschlussfassung zu beteiligen,
- dass die Regionen Finanzmittel erhalten, die sie im gesetzlichen Rahmen in eigener Verantwortung für einen regionalen Entwicklungs- und Innovationsplan einsetzen können; darüber sollen demokratisch legitimierte Regionalkonferenzen mit möglichst breiter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern aus Arbeit und Wirtschaft, Kommunen und Wissenschaft sowie Verbänden, Sozial- und Umweltorganisationen mitentscheiden können,
- Liquiditätshilfen und erhöhte Landesbürgschaften für konjunkturell gefährdete Betriebe mit mittel- und langfristiger Marktperspektive; dafür braucht es einen stark erhöhten Bürgschaftsrahmen, eine aktive Förderung von Zusammenarbeit und Partnerschaften, öffentliche Förderung im vorwettbewerblichen Bereich und eine differenzierte, branchenbezogene Innovationsförderung,
- die Verstärkung gemeinschaftlicher Forschung und Entwicklung des Technologietransfers und der anwendungsorientierten Forschung,
- in strukturschwachen Gebieten ländlicher Prägung die regionalen Wirtschaftskreisläufe durch Vernetzung von Landwirtschaft, Handwerk, Einzelhandel und Fremdenverkehr zu einem realen wirtschaftlichen Standbein zu entwickeln; nicht nur unter ökologischen Gesichtspunkten gilt es, aus der Strukturschwäche die entsprechende Stärke abzuleiten,

■ endlich eine Reform der kommunalen Finanzen – nur durch einen neuen kommunalen Finanzausgleich kann die Handlungsmöglichkeit für die Kommunen wiederhergestellt werden.

Die Menschen in den betroffenen Regionen brauchen unmittelbare Hilfe.

Dafür fordert DIE LINKE:

- die Auflage betrieblicher und regional sinnvoller Beschäftigungspläne,
- die Gründung von Strukturentwicklungsgesellschaften zur Rettung von Betrieben oder Betriebsteilen, die von Stilllegung bedroht sind,
- öffentliche Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiativen zur Schaffung zusätzlicher Dauerarbeitsplätze in überschaubaren, selbstständigen Betrieben,
- Ausbildungseinrichtungen für Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden,
- Beschäftigungsinitiativen für Jugendliche, die nicht übernommen werden,
- den Aufbau lokaler Entwicklungszentren, in denen z.B. Langzeitarbeitslosen, Leistungsgeminderten und besonders Hilfsbedürftigen durch Erwerb, Erhalt und Erweiterung allgemein bildender und beruflicher Qualifikationen neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnet werden.

Öffentliche Daseinsvorsorge nicht privatisieren, sondern ausbauen

Öffentliche Daseinsvorsorge – Bildung, Gesundheit, Betreuung, Kultur, Mobilität, Wasser, Gas und Strom – ist elementarer Bestandteil sozialer Sicherheit. Deshalb verteidigt DIE LINKE die öffentliche Daseinsvorsorge und tritt für ihre Ausweitung ein. Wir wollen den Verkauf öffentlicher Einrichtungen und des öffentlichen Eigentums an Wohnungen und Versorgungsunternehmen verhindern.

Privatisierungen sind auch ein Verlust von Demokratie. Wenn es immer weniger Bereiche gibt, für die der demokratisch gewählte Landtag oder die Kommunalparlamente Entscheidungs- und Gestaltungskompetenz haben, schwächt das die Demokratie und fördert die Politikverdrossenheit. Werden Schlüsselbereiche wie Gesundheit, Bildung, Sicherheit, Wirtschaftsförderung öffentlich-rechtlich und damit unter dem Einfluss der gesamten Gesellschaft betrieben, lohnt sich das Engagement: Die Bevölkerung bzw. die Vertreter gesellschaftlicher Gruppen können Ziele und Methoden der Einrichtungen mitentscheiden.

Bayern ist bundesweit bei der Privatisierung Spitze. Die Staatsregierung rühmt sich, ihre wirtschafts- und strukturpolitischen Programme durch den Ausverkauf öffentlichen Eigentums mit den so genannten »Privatisierungserlösen« zu finanzieren. Bayern hat nicht nur umfangreiche Beteiligungen verkauft (Bayerwerk AG, Bayerische Versicherungskammer und andere), sondern auch den Verkauf von öffentlichen Krankenhäusern der Bezirke, Kreise und Kommunen betrieben.

Bei Verkäufen öffentlicher Gesundheitseinrichtungen sind die Folgen absehbar: Die sozialen Standards der jetzt noch durch das Tarifgefüge des öffentlichen Dienstes regulierten Arbeitsverhältnisse sinken nach Ablauf einer gewissen Schamfrist. Alle wirtschaftlichen Entscheidungen in solchen Einrichtungen folgen in erster Linie

Renditekriterien und weniger medizinischen Notwendigkeiten. Die neuen Eigentümer werden den Kaufpreis durch die Verringerung der Personalkosten, durch Arbeitsverdichtung, Arbeitszeitverlängerung, Personaleinsparungen und Outsourcing wieder hereinholen.

Auch eine spezielle Form der Privatisierung, die »Public-Private-Partnership« (PPP), wird durch die Bayerische Staatsregierung massiv gefördert. Nach diesem Modell werden im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge entweder gemischte Eigentumsformen geschaffen oder öffentliche Aufgaben durch private Investoren mit klaren Renditeerwartungen finanziert.

Beide Varianten gefährden Arbeitsplätze, verschlechtern Arbeits- und Sozialbedingungen der Beschäftigten und verringern Qualitätsstandards. Vor allem aber kommen PPP-Projekte die Kommunen wesentlich teurer zu stehen, als wenn sie diese Aufgaben selbst erledigen würden. Risiken werden auf die Steuerzahler abgewälzt, während sich die privaten Beteiligten langfristig sichere Renditen zuschanzen. Die demokratische Kontrolle bei PPP-Projekten fehlt durch Geheimhaltung der Verträge und den in der Regel geforderten Einredevorzicht völlig.

Im Bereich der Inneren Sicherheit droht eine schleichende Privatisierung, wenn hoheitliche Aufgaben abgegeben werden und private Wachdienste Fußgängerzonen, Bahnen und öffentliche Gebäude überwachen. Die Privatisierung des Strafvollzuges nach US-Vorbild wäre danach der nächste Schritt.

DIE LINKE will öffentliche Unternehmen ausweiten und bereits privatisierte wieder in öffentliches Eigentum zurückführen.

Im kulturellen, ökologischen und sozialen Bereich gibt es Wohlfahrtsverbände, gemeinnützige Organisationen und Vereine, die häufig mit wenig Mitteln und zusätzlicher ehrenamtlicher Arbeit gesellschaftlich sinnvolle Arbeit leisten. Sie sind zu schützen.

DIE LINKE will, dass durch aktive Beschäftigungspolitik, durch die Vergabe von zinsgünstigen Krediten, durch Unterstützung für Selbsthilfegenossenschaften und einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor in diesen Bereichen Arbeitsplätze mit Tariflöhnen geschaffen werden. Ein-Euro-Jobs lehnt DIE LINKE ab.

Darüber hinaus will DIE LINKE Bestrebungen zur Übernahme von Grundversorgungseinrichtungen (z.B. für Energie, Wohnungen und Wasser) in gemeinsames genossenschaftliches Eigentum fördern. Gegen Privatisierungen und gegen bestehende privatkapitalistische Organisationsformen sind Genossenschaften die bessere Lösung. DIE LINKE fordert den Ausbau eines umfassenden Qualifizierungs- und Beratungsangebots für die Gründung und Stabilisierung von Genossenschaften der Daseinsvorsorge.

DIE LINKE steht für folgende landespolitische Ziele:

- Mit den Stimmen der LINKEN wird es keine Privatisierung öffentlichen Eigentums in Bayern geben.
- Wir werden uns jeder Verschlechterung des Sparkassengesetzes oder anderer Gesetze, die bislang öffentliches Eigentum vor dem Zugriff privater Erwerber bewahren, entgegenstellen.

■ »Public-Private-Partnership« (PPP) als demokratisch nicht kontrollierbares und stark überteuertes Modell zur Erfüllung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge lehnen wir ab. Alle bislang abgeschlossenen Verträge sind offen zu legen. Wir wollen die Rückführung bereits erfolgter Ausgliederungen und den Ausstieg aus PPP-Projekten.

■ Die Bildungseinrichtungen Bayerns müssen für Privatisierer tabu sein. Wir wollen weder Fastfood in den Schulen noch Turnhallen mit Werbung für Markenturnschuhe noch Vorlesungssäle mit Werbung für Banken. Unsere Bildungseinrichtungen sollen aus dem demokratisch bestimmten Landeshaushalt mit dem ausgestattet werden, was sie brauchen.

■ Die Sicherheit der Städte und Dörfer des Landes ist eine öffentliche Aufgabe. Sicherheit ist Sache der Polizei, sie gehört nicht in private Hände.

Gesundheit ist keine Ware – umfassende Gesundheitsversorgung für alle

Gesundheitsversorgung ist eine Aufgabe, die in einer zivilisierten Gesellschaft solidarisch bewältigt werden muss. Sie darf nicht vom Einkommen und sozialen Status abhängig sein. Einkommensschwache Menschen haben schon heute erhöhte Gesundheitsrisiken und infolgedessen eine verkürzte Lebenserwartung. Die voranschreitende Herausbildung einer Zwei-Klassen-Medizin ist nicht hinnehmbar.

Mehrere so genannte Gesundheitsreformen haben zu einer prekären Finanzsituation in Kliniken und Krankenhäusern der öffentlichen Hand geführt. Seit der Einführung von Fallpauschalen im Abrechnungssystem können Krankenhäuser ihren Investitionsbedarf und die ständig steigenden Kosten für Energie und medizinischen Bedarf nicht mehr decken. Die Bayerische Landesregierung hat diese Entwicklung durch Kürzungen des Budgets für Krankenhausinvestitionen weiter verschärft. Für die Patientinnen und Patienten hat dies eine schlechtere Versorgung zur Folge, für die Beschäftigten einen steigenden Rationalisierungsdruck mit beständig erhöhten Arbeitsanforderungen bei mangelhafter Lohnentwicklung.

Kliniken und Krankenhäuser werden zunehmend privatisiert oder geschlossen. Die Überführung der Einrichtungen in privatwirtschaftliche Gesellschaftsformen beschneidet die Möglichkeiten demokratischer Kontrolle und ist häufig ein erster Schritt auf dem Weg zur Privatisierung.

Die Konzentration von haus- und fachärztlichen Leistungen in medizinischen Versorgungszentren (MVZ) darf nicht zum Einfallstor für anonyme Kapitalgesellschaften werden, deren Ziel eine möglichst hohe Rendite ist. Eine solche Entwicklung verstärkt die Gefahr einer nicht mehr flächendeckenden Gesundheitsversorgung.

Die aktuelle Bezuschussung von Modernisierungsmaßnahmen durch das Land Bayern ist zu begrüßen, beseitigt aber nicht die strukturellen Probleme auf der Einnahmenseite der Kliniken und Krankenhäuser und bleibt letztlich nur der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein.

Besonders kritisch sind die Bestrebungen zur Privatisierung der forensischen und allgemeinen Psychiatrie zu sehen. Es geht hier um hoheitliche Aufgaben, die nach Auffassung der LINKEN keinesfalls privaten Profitinteressen überantwortet werden dürfen.

Die flächendeckende Einführung einer Gesundheitskarte führt zu gläsernen Patienten und bewirkt eine Kostenexplosion ohne einen entsprechenden medizinischen Nutzen.

DIE LINKE fordert:

- die Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen zu stoppen bzw. schnellstmöglich rückgängig zu machen,
- keine Mehrklassenmedizin – gute Gesundheitsversorgung für alle,
- ein flächendeckendes, leistungsfähiges Gesundheitswesen auch in ländlichen Regionen,
- die Abschaffung von Zuzahlungen – bis zur Umsetzung Gewährung von Vorschüssen durch die Sozialämter an hilfebedürftige Menschen zur Finanzierung von Brillen, Zahnersatz, medizinischen Hilfsmitteln, Medikamentenzuzahlungen sowie der Praxisgebühr,
- die kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln.

Mehr soziale Hilfen schaffen

In vielen Städten Bayerns tragen hohe Mieten zur Verschärfung der Armut bei. Normalverdienende, Familien und Wohngemeinschaften können Mietpreise, z.B. in München und Umgebung, kaum noch finanzieren. Steigende Energiepreise verschlimmern das Problem noch. Hier sind massive Maßnahmen des Landes gefordert. Der soziale Wohnungsbau muss wieder stärker gefördert werden. Nötig ist ein Umwandlungsverbot, das die Ausschachtung institutioneller Wohnungsbestände durch Finanzinvestoren zumindest erschwert. Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen ist zu beseitigen. Damit soll auch auf den Wohnungsmarkt Einfluss genommen werden.

Wir treten dafür ein, die Pendler vor dem Hintergrund der gestiegenen Spritpreise sofort zu entlasten. Als ersten Schritt muss deshalb die Pendlerpauschale wieder ab dem ersten Kilometer steuerlich berücksichtigt werden. Während CSU und SPD dies lauthals fordern, haben sie jüngst den Antrag im Finanzausschuss des Bundestages abgelehnt, mit dem DIE LINKE die Wiedereinführung der Entfernungspauschale forderte. In einem zweiten Schritt müssen Pendler mit geringen Einkommen, die überproportional vom Anstieg der Kraftstoffpreise betroffen sind und zugleich von einer Steuergutschrift wenig oder nichts haben, durch die Zahlung von Direkthilfen unterstützt werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, nach dem Vorbild einiger bayerischer Städte, landesweit einen »Sozialpass Bayern« einzuführen. Damit sollen Menschen mit geringem Einkommen die Möglichkeit erhalten, den öffentlichen Personenverkehr, kulturelle und sportliche Angebote wahrzunehmen. Viele Kinder und Jugendliche sind wegen fehlender finanzieller Mittel von Musik-, Kunst- und Freizeitaktivitäten ebenso ausgeschlossen wie von der aktiven sportlichen Betätigung in Vereinen. Bei der Vergabe von Landesmitteln in den Bereichen Verkehr, Kultur und Sport muss die Integration sozial Benachteiligter gesondert gewichtet werden. Soziale Tarife in den öffentlichen Verkehrsmitteln sind in das Landesrecht aufzunehmen und entsprechend zu fördern.

Immer mehr private Haushalte in Bayern sind verschuldet. Der Anteil der Haushalte mit Kreditverpflichtungen ist rapide gestiegen. Besonders die Überschuldung von Familien mit Kindern hat stark zugenommen. Angesichts dessen spielt die qualifizierte Schuldnerberatung eine zentrale Rolle.

DIE LINKE fordert:

- eine stärkere Förderung des sozialen Wohnungsbaus,
- ein Umwandlungsverbot, das die Ausschachtung institutioneller Wohnungsbestände durch Finanzinvestoren erschwert bzw. verhindert,
- ein Landesprogramm für Altbausanierung, um günstigen Wohnraum zu erhalten,
- eine Städtebauförderung zur ökologischen und energetischen Sanierung aus Landesmitteln,
- die Pendlerpauschale wieder ab dem ersten Kilometer steuerlich zu berücksichtigen,
- Direkthilfen für Geringverdiener für die Fahrten vom und zum Arbeitsplatz,
- die Absetzbarkeit der realen Kosten des ÖPNV für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte wieder einzuführen,
- die deutliche Erhöhung des Regelsatzes nach SGB XII auf mindestens 435 Euro,
- einen landesweiten Fonds einzurichten, aus dem der Schulbedarf für Kinder aus armen Familien finanziert wird,
- ein Landesprogramm für kostenlose Mahlzeiten in Schulen und Kindergärten,
- einen regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht für Bayern,
- landesweit unabhängige Schuldner-, Verbraucher- und Arbeitslosenberatungsstellen zu fördern und auszubauen.

Menschen mit Behinderungen integrieren

Der Ausgleich von Schwierigkeiten aufgrund von Behinderungen bei der umfassenden Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist eine öffentliche Aufgabe und keine Privatsache. Wir unterstützen die Forderung der Behindertenverbände und -vertretungen nach mehr Eigenverantwortlichkeit und stärkerer Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Betroffenen. Das geplante Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderung muss emanzipatorisch sein, die Menschenwürde stärken und auf Solidarität und Selbstbestimmung der Betroffenen setzen.

DIE LINKE fordert:

- ein eigenes Leistungsgesetz für die Teilhabe behinderter Menschen, in dem die finanzielle Förderung dieser Maßnahmen einkommens- und vermögensunabhängig geregelt ist,
- die Beseitigung von Barrieren und den Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile,
- alle Neu-, Um- oder Anbauten im öffentlichen Bereich Bayerns müssen behindertengerecht und barrierefrei sein,

■ per Landesgesetz jede Kommune zu verpflichten, Behindertenbeiräte zu bilden, mindestens aber Beauftragte für Menschen mit Behinderungen zu ernennen.

Altersarmut verhindern

DIE LINKE in Bayern fordert ein Landesseniorengesetz. Damit sollen das Älterwerden in Würde gewährleistet und die aktive Beteiligung der Seniorinnen und Senioren am sozialen, kulturellen und politischen Leben gefördert werden. Ihre Erfahrungen sind zu nutzen und die Beziehungen der Generationen zu verbessern.

Die Rentenkürzungen und Nullrunden der vergangenen Jahre, die Mehrbelastungen im Gesundheitsbereich, die Kürzungen sozialer Leistungen und – nicht zuletzt – die Mehrwertsteuererhöhung haben das Leben für Rentnerinnen und Rentner erheblich schwerer gemacht. Schon heute erlebt eine zunehmende Zahl von ihnen – insbesondere Frauen – Armut im Alter. Die inzwischen bekannt gewordenen Zahlen für zukünftige Rentnerinnen und Rentner sind geradezu alarmierend. In Bayern sind die gesetzlichen Renten besonders niedrig. Die Durchschnittsrente beläuft sich auf 647 Euro. Damit steht der Freistaat Bayern im Ländervergleich an vorletzter Stelle. Hier muss umgesteuert werden.

Die Rentenformel muss so geändert werden, dass die gesetzliche Rente wieder der Lebensstandardsicherung dient. Mit all den Dämpfungs-, Nachhaltigkeits- und Riester-Faktoren der maßgeblich von der SPD getragenen Rentenkürzungsreformen kann das nicht gelingen. Sie gehören deshalb abgeschafft. Die Rente ab 67 muss sofort gestoppt werden.

Der Versichertenkreis der Gesetzlichen Rentenversicherung muss auf alle Erwerbstätigen ausgeweitet werden. Durch einen erleichterten Zugang zu Erwerbsminderungsrenten und den Verzicht auf Abschläge auf die zunehmenden Belastungen am Arbeitsplatz muss reagiert werden.

Zudem wollen wir ein angemessenes Versorgungsniveau bei Erwerbsunfähigkeit, für Langzeitarbeitslose und für Bezieher niedriger Einkommen sicherstellen.

Menschen mit durchbrochenen Erwerbsbiografien und niedrigem Einkommen dürfen im Alter nicht auf Sozialhilfe angewiesen sein.

Die Grundsicherung im Alter muss ein Leben in Würde ermöglichen. Eine Anhebung des Regelsatzes auf 435 Euro und bundesweite Standards zur Erstattung angemessener Unterkunftskosten würden zu einer sofortigen Anhebung des Leistungsniveaus führen und Zwangsumzüge vermeiden. Die Regelungen zur Nichtanrechnung von Einkommen und Vermögen müssen deutlich über das jetzige Niveau von Hartz IV hinaus ausgeweitet werden, damit insbesondere die Inanspruchnahme unverheirateter LebenspartnerInnen ausgeschlossen wird.

Zukünftig soll dies innerhalb der Erwerbstätigenversicherung abgesichert werden. Nach Anrechnung von Einkommen und Vermögen darf künftig keine Rentnerin und kein Rentner nach Abzug von Kranken- und Pflegeversicherung im Monat unter 800 Euro fallen.

Wir werden die Bayerische Staatsregierung drängen, eine entsprechende Gesetzesinitiative im Bundesrat einzubringen.

DIE LINKE fordert:

- die gesetzliche Rente als tragende Säule der Alterssicherung mit einem Niveau von rund 70 Prozent des Durchschnittseinkommens der Versicherten,
- die Abschaffung sämtlicher Kürzungsfaktoren,
- die Beitragssatzhöhe wieder an dem angestrebten Leistungsniveau zu orientieren,
- ein Nein zur Rente ab 67 – langfristig das Renteneintrittsalter ab 60 Jahren ohne Abschläge,
- die Fortführung der Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit,
- einen abschlagsfreien Zugang zu Erwerbsminderungsrenten,
- die schrittweise Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung,
- die Beitragsbemessungsgrenze schrittweise aufzuheben,
- Zeiten von Kindererziehung und Ausbildung als gleichwertige Anrechnungszeiten zu bewerten,
- Zeiten von Arbeitslosigkeit und geringem Verdienst mit höheren Beiträgen bzw. Rentenpunkten auszustatten,
- die Subventionierung des Solidarausgleichs statt der privaten Altersvorsorge,
- die Grundsicherung im Alter zu erhöhen.

Selbstbestimmtes Leben im Alter

Die meisten Rentnerinnen und Rentner wollen auch im Alter ihr Leben selbständig gestalten, in ihrer gewohnten Umgebung bleiben, ohne zu vereinsamen. Einschlägige Skandale der vergangenen Jahre haben die Angst verstärkt, in einem Pflegeheim leben zu müssen. Es sind Wohnformen zu fördern, die ein Leben auch im Alter in den »eigenen vier Wänden« und die Unterstützung in den alltäglichen Dingen ermöglichen sowie der Vereinsamung vorbeugen. Förderprogramme sollen den Bau von Mehrgenerationenhäusern sowie die Einrichtung von Senioren-Wohngemeinschaften ermöglichen. Betreute dürfen von ihren Betreuerinnen und Betreuern nicht finanziell ausgenutzt oder ohne Erforderlichkeit in ein Heim eingewiesen werden.

Im ländlichen Bereich muss über die Infrastruktur- und Wirtschaftsförderpolitik dafür gesorgt werden, dass besonders eine seniorenrechtliche Infrastruktur im Dorf besteht. Dazu gehören ausreichende Versorgungsmöglichkeiten zum Einkauf von Waren des täglichen Bedarfs und bei der gesundheitlichen Versorgung. Dies gilt auch für den Bau von seniorInnengerechten Gehwegen und Treffpunkten.

Dazu gehören ausreichende Versorgungsmöglichkeiten zum Einkauf von Waren des täglichen Bedarfs und bei der gesundheitlichen Versorgung. Dies gilt auch für den Bau von altersgerechten Gehwegen und Treffpunkten. Dies nur der privaten Initiative zu überlassen, bedeutet die Überforderung und Vernachlässigung einer bedeutenden Bevölkerungsgruppe. Allein in Bayern sind inzwischen über 20 Prozent der Menschen im Seniorenalter.

Pflegenotstand verhindern

Alten- und Pflegeeinrichtungen sind Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Solange sie unter Profitgesichtspunkten betrieben werden, ist das Mindeste eine ausreichende und wirksame Kontrolle zum Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Beschäftigten. In öffentlicher Hand muss eine ausreichende Zahl von Heimen betrieben werden, die Standards für privat betriebene Heime setzen.

Nach der Föderalismusreform sind nun die Länder für die Heime zuständig. Deshalb ist auch in Bayern eine Novellierung des Heimgesetzes notwendig. Damit sollen die Selbständigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner, eine humane Pflege und ein effektiver Schutz der Schwachen geschaffen werden.

DIE LINKE fordert:

- einen Personalschlüssel, der Bewohnerinnen und Bewohnern ein Leben in Würde ermöglicht – für 20 pflegebedürftige Menschen müssen mittelfristig zehn Pflegekräfte eingesetzt werden,
- die Tätigkeit der Pflegekräfte angemessen und tariflich zu entlohnen,
- Qualifizierung und Weiterbildung kostenfrei zu garantieren,
- vollständige Kostentransparenz im Pflegebereich herzustellen,
- das Pflegewesen komplett in gemeinnützige oder staatliche Verantwortung zu überführen,
- ambulante Strukturen in der Pflege mit entsprechender finanzieller Unterstützung der betreuenden Familie auszubauen,
- Angebote für eine professionelle Versorgung sicherzustellen, um die pflegenden Angehörigen zu entlasten,
- demokratisch gewählte Heimbeiräte, damit die Bewohnerinnen und Bewohner, ihre Angehörigen bzw. Betreuerinnen und Betreuer Einfluss auf sie betreffende Entscheidungen nehmen können,
- flächendeckend Beschwerdestellen einzurichten und diese durch Land, Kommunen und Träger zu finanzieren,
- durch unangemeldete Kontrollbesuche in Pflegeheimen Missständen stärker vorzubeugen.

Bildung für alle statt sozialer Auslese

Bildung ist ein Menschenrecht. Jede und jeder hat Anspruch auf gute Bildung, um die Persönlichkeit voll zu entwickeln und beste Chancen für die berufliche und persönliche Verwirklichung zu haben.

Für DIE LINKE ist Bildungspolitik darum auch Sozialpolitik. Sie muss allen Menschen den Zugang zu Bildung garantieren und deren Erwerb ermöglichen.

Gute öffentliche Bildung kostet erheblich mehr Geld als das Land Bayern und der Bund bereit sind, zur Verfügung zu stellen: Die Bildungsausgaben lagen in Deutschland nach OECD-Angaben im Jahr 2004 bei nur 4,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), wogegen der OECD-Durchschnitt bei 5,4 Prozent lag, in Schweden bei 7,4 Prozent und in Dänemark bei 8,4 Prozent. In Bayern liegt der Anteil der Bildungsausgaben am BIP noch unter dem Bundesdurchschnitt. Dieser Anteil muss zunächst schrittweise auf sieben Prozent erhöht werden und dauerhaft am wachsenden Bedarf der Menschen ausgerichtet sein. Öffentliche Bildung muss steuerfinanziert sein. Erst eine stärkere Belastung der Reichen über Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Erbschaftsteuer und Vermögensteuer versetzt Länder und Kommunen in die Lage, ihre Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit zu erfüllen. DIE LINKE schlägt in diesem Wahlprogramm entsprechende Änderungen vor.

Im derzeitigen bayerischen Bildungssystem werden bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten durch mangelnde individuelle Förderung, frühzeitige Auslese und soziale Ausgrenzung nicht abgebaut, sondern verstärkt. Das müssen wir ändern.

Etwa 130.000 Kinder leben in Bayern mit ihren Familien in Armut. Davon betroffen sind besonders Alleinerziehende, Migrantinnen und Migranten. An dem vielgliedrigen Schulwesen scheitern insbesondere Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Haushalten und aus Familien mit Migrations- hintergrund. Die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker der CSU betreiben durch das Festhalten an der frühzeitigen Auslese der Schülerinnen und Schüler eine Politik, bei der die soziale Herkunft und die Zufälligkeit des Entwicklungsstadiums von Zehnjährigen für die Bildungschancen entscheidend sind.

Das achtjährige Gymnasium (G8) geriet zum Debakel: Nicht umsetzbare Lehrpläne, die zunehmende Notwendigkeit von Nachhilfen, Familien als private Paukanstalten schon bei Grundschulkindern, durch hohe Umbauaufwendungen überforderte Kommunen, genervte Eltern, frustrierte Lehrerinnen und Lehrer, erschöpfte Schülerinnen und Schüler sind die Ergebnisse.

Bayerns Demokratie ist davon abhängig, dass Grundwerte eines demokratischen Bildungswesens – wie freier Zugang zu den Bildungseinrichtungen, Chancengleichheit und demokratische Rechte der BildungsteilnehmerInnen – für alle gelten. Wer als Weg aus der Bildungsmisere die weitere marktorientierte Umwandlung des öffentlichen Bildungswesens preist, handelt undemokratisch. DIE LINKE lehnt darum Gebühren von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule ab. Der Ausbau von Privatschulen – insbesondere im Gymnasialbereich und in der beruflichen Bildung – darf nicht zu Lasten des öffentlichen Bildungssystems gehen, private Nachhilfe durch Eltern und Institute nicht die Voraussetzung für den Erfolg in der schulischen

Ausbildung sein. Die CSU steht dafür, dass es in Bayern kein Recht auf gesetzlichen Bildungsurlaub gibt und dass Bildung weiter zur Ware verkommt.

DIE LINKE fordert:

- Bildungseinrichtungen nicht zu privatisieren – Bildung ist keine Ware,
- das Recht auf Bildung als gesellschaftliche Aufgabe anzuerkennen und als Landesaufgabe zu verwirklichen,
- die zunehmende Auslagerung des Lernens aus der öffentlichen Verantwortung hin zu privaten Einrichtungen und Maßnahmen zu stoppen,
- Bildung und Erziehung als Voraussetzung für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit der Menschen anzuerkennen, die sie befähigen, ihr persönliches Leben und die beruflichen Herausforderungen zu meistern, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und es aktiv mit zu gestalten,
- Chancengleichheit im Bildungsbereich herzustellen. Chancengleichheit bedeutet dabei nicht nur die theoretische Zugangsmöglichkeit zu Bildungseinrichtungen, die sich hinter der Floskel »Chancengerechtigkeit« verbirgt. Die ungleiche Chancenverteilung beginnt im sozialen Bereich, wie zahlreiche Studien beweisen,
- die Schaffung notwendiger personeller und materieller Voraussetzungen durch Bund, Länder und Kommunen, damit das Recht auf Bildung und Ausbildung von allen wahrgenommen werden kann,
- den Zugang zu und die Nutzung von Bildungseinrichtungen gebührenfrei zu halten,
- Studiengebühren, Büchergeld und die Privatisierung weiterer Zusatzkosten für Eltern, Schülerinnen, Schüler und Studierende zu verhindern bzw. abzuschaffen,
- ethische Normen und die Auseinandersetzung mit Themen wie Würde und Freiheit, Recht auf Leben, die Eigentumsverhältnisse in der Gesellschaft, Gemeinwohlorientierung, demokratischer Teilhabe als unverzichtbaren Teil in den Schulunterricht zu integrieren – die heute oft praktizierte Gleichsetzung von Religion und Werteerziehung befördert eine Aufsplitterung und problematische Gruppenbildung in der Schule,
- die Trennung von Staat und Kirche auch in den Schulen,
- ein bayerisches Bildungsurlaubs- und Weiterbildungsgesetz analog der gesetzlichen Regelungen in anderen Bundesländern,
- ein einheitliches Dienstrecht und eine versicherungspflichtige und tarifvertragliche Regelung aller Beschäftigungsverhältnisse,
- Gruppen-/Klassenstärken- und Personalschlüssel sowie Arbeits- bzw. Pflichtstundenmaße so zu gestalten, dass die derzeitigen Überbelastungen abgebaut werden,
- Leiharbeit im Bildungswesen grundsätzlich zu verbieten.

Gemeinschaftsschule – eine Schule für alle

Nirgends ist das Bildungssystem sozial selektiver als in Bayern. Arbeiterkinder kommen auf die Hauptschule, Akademikerkinder aufs Gymnasium. Nirgends in Deutschland ist der Anteil der Kinder, die auf Förderschulen abgeschoben werden, so hoch. Und selbst von den Kindern, die es auf das Gymnasium schaffen, erreichen nur 38 Prozent das Abitur.

In der Fläche sind vielerorts wohnortnahe Schulen gefährdet. Da die frühe Aufteilung der Schüler zu geringen Schülerzahlen in den einzelnen Schularten führt, müssen die Kinder weite Wege hinnehmen. Durch Schulschließungen wird aber nicht nur die Bildung der Kinder deutlich erschwert, auch die Lebensfähigkeit vieler Ortszentren wird bedroht.

Die bayerische LINKE setzt auf eine zehnjährige gemeinsame Schule für alle. Wir wollen keine frühzeitige Auslese der Kinder. Das Projekt Gemeinschaftsschule beschreibt Wege zu einer gemeinsamen Schule für alle Kinder, unabhängig von ihrer sozialen, kulturellen oder ethnischen Herkunft, unabhängig von Alter und Geschlecht, unabhängig von der Religionszugehörigkeit und unabhängig von Behinderungen. Diese Schule ist von einer Lehr- und Lernkultur gekennzeichnet, in der gegenseitige Achtung und Akzeptanz wie auch das Lernen mit- und voneinander selbstverständlich sind. Sie fördert kollektives und regt individuelles Lernen an. Sie vermittelt den Umgang mit Verschiedenheit und interkulturelle Kompetenz. Dadurch wird gewährleistet, dass alle Schülerinnen und Schüler einen erfolgreichen Schulabschluss erreichen können. Kinder aus sozial benachteiligten Familien und Kinder mit Migrationshintergrund müssen verstärkt Zugang zu höherer Bildung erhalten.

DIE LINKE in Bayern setzt sich für Maßnahmen ein, die das Wiederholen von Jahrgangsstufen unnötig machen. So sind aus Lern- und Sozialproblemen umgehend mit entsprechender Förderung Konsequenzen zu ziehen.

Flächen- und bedarfsdeckend sind gebundene Ganztagschulen anzubieten, die nicht lediglich »Verwahrnstanstalten am Nachmittag« sind. Die gegenwärtige »Ganztagschule«, die um 15 Uhr endet und für die z.B. in München nur ganze 3.000 Euro pro Jahr und Klasse budgetiert sind, entspricht bei weitem nicht den pädagogischen und sozialen Zielen.

Ganztagschulen sind so einzurichten, dass den Schülerinnen und Schülern auch nachmittags Bildungs- und Betreuungsangebote, insbesondere für kreatives und experimentelles Lernen, zur Verfügung stehen. Bei der Erledigung der Übungs- und Wiederholungsaufgaben werden die Schülerinnen und Schüler von gut ausgebildeten Lehrkräften unterstützt.

Diese Ganztagschulen müssen in Kooperation mit der freien Jugendhilfe, mit Vereinen und der örtlichen Sozialarbeit entwickelt werden.

Ein Schwerpunkt künftiger Lehrkräfteausbildung muss im qualifizierten Umgang mit heterogenen Gruppen liegen. Hierzu gehört auch die Qualifizierung im Fach »Deutsch als Fremdsprache«.

DIE LINKE fordert:

- die Erweiterung von Ganztagsangeboten mit mehr Lehrkräften und die Rücknahme der Personalkürzungen,
- die Rücknahme von Arbeitszeitverlängerungen,
- keine Klassen mit mehr als 25 SchülerInnen, in Schulen mit erhöhtem Förderbedarf zusätzliche pädagogische Kräfte in den Klassen, statt Schülerinnen und Schüler in Förderschulen abzuschieben,
- die Einrichtung von Schulsozialarbeit in allen Schulen,
- die Anrechnung mindestens einer Stunde im Wochenstundendeputat für Lehrkräfte mit Klassenleitungstätigkeit, Elternsprechstunden und Schüler-sprechstunden; der Umfang ist längerfristig auf drei Stunden auszubauen,
- die Reduzierung des Frontalunterrichts zugunsten beteiligungsorientierter und solidarischer Unterrichtsmethoden bei Stärkung der pädagogischen Freiheit der Lehrkräfte,
- die Förderung der Fähigkeit zu kritischem Denken als Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie,
- Mitbestimmungsrechte für verfasste Vertretungen von Schülerinnen und Schülern bei der Schulverwaltung und Lehrplanerstellung – mehr Demokratie an den Schulen,
- vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit sowie die ausreichende Ausstattung der Schulen mit zeitgemäßen Lehr- und Lernmitteln.

Berufliche Bildung verbessern

Die berufliche Erstausbildung ist der Einstieg in das Berufsleben. Misslingt dieser Schritt, sind die weiteren Beschäftigungsmöglichkeiten schwer gefährdet. Wissen und Qualifikation waren und sind die Schlüsselbegriffe der Zukunft. Ein einmal erlernter Beruf, mit Erfahrungen angereichert, reicht heute nicht mehr aus. Die Jugendlichen müssen darauf vorbereitet werden, ihre erlernten Kenntnisse auch in anderen Betrieben oder Bereichen anwenden zu können. Erwartet wird eine Ausbildung, die zukunftsfähig ist, die wirtschaftliche, soziale und strategische Anforderungen aufnimmt und Auszubildende lehrt zu lernen. Artikel 128 (1) der Bayerischen Verfassung muss endlich umgesetzt werden: »Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch darauf, eine seinen erkennbaren Fähigkeiten und seiner inneren Berufung entsprechende Ausbildung zu erhalten.«

Solide berufliche Qualifikation ist nicht nur eine Grundlage, gute Arbeit zu verrichten und gesellschaftlichen Wohlstand zu sichern, sie ist zugleich auch wichtig für ein selbst bestimmtes Leben, für demokratisches und kritisches Engagement in der Gesellschaft.

Die Misere auf dem Ausbildungsmarkt der Bundesrepublik hat sich in den vergangenen Jahren quantitativ und qualitativ weiter verschärft. Viele Auszubildende klagen über eine mangelnde Qualität der Ausbildung und zu geringe Bezahlung.

Das Ausbildungsplatzangebot muss dem gesellschaftlichen Bedarf entsprechen. Die Unternehmen haben diese gesellschaftliche Verantwortung für die Finanzierung und für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen wahrzunehmen. Sie dürfen das Ausbildungsangebot nicht von kurzfristigen Renditezielen abhängig machen.

Neben der klassischen dualen Ausbildung haben sich weitere Ausbildungsformen etabliert. DIE LINKE hält Ausbildungsverbünde ebenso wie Angebote außerbetrieblicher Einrichtungen in der gegenwärtigen Situation für unverzichtbar, allerdings dürfen sie nicht Ersatz für die duale Ausbildung sein.

Auch in der beruflichen Bildung sollen integrative Angebote für Menschen mit Behinderungen Vorrang haben. Ziel muss sein, die soziale Integration zu unterstützen und den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Den pauschalen Ausbildungsbonus für Unternehmen, die so genannte »schwer vermittelbare Altbewerber« ausbilden, lehnen wir ebenso ab wie die Aufbewahrung von Schulabgängern ohne betrieblichen Ausbildungsplatz im so genannten »Übergangssystem«. Dass Menschen unter 25 Jahren ohne Ausbildungs- und Arbeitsplatz eine »Bedarfsgemeinschaft« mit ihren Eltern bilden müssen, betrachten wir als Skandal.

Die besondere Qualität der Berufsausbildung im dualen System besteht in der Verzahnung von betrieblicher und schulischer Ausbildung. Die Situation an vielen Berufsschulen ist allerdings verheerend: Stundenausfall, veraltete Lehr- und Lernmittel sowie Schulgebäude, die oft in einem desolaten Zustand sind. Es ist an der Zeit, dass die Staatsregierung für Abhilfe sorgt. Die finanzielle Benachteiligung vieler Berufs- und Fachoberschulen im Vergleich zu Gymnasien muss beendet werden.

Während die Ausbildung in den Betrieben bundeseinheitlich durch das Berufsbildungsgesetz (BBiG) und die Ausbildungsordnungen geregelt ist, unterliegt die Berufsschule der Regelungskompetenz der Länder. Um die Zusammenarbeit der Lernorte Berufsschule und Betrieb zu verbessern, muss die Berufsschule in das BBiG integriert werden. Beide Lernorte, Betrieb und Schule, müssen gleichwertig nebeneinander stehen. Die Berufsschule hat einen eigenständigen Bildungsauftrag, der über das Vermitteln von reinem Fachwissen hinausgeht. Daran muss festgehalten werden.

DIE LINKE fordert:

- eine Ausbildungsabgabe für Unternehmen mit über zehn Mitarbeitern, die nicht mindestens 12 Prozent ihrer Arbeitsplätze als qualifizierte Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen,
- berufsorientierende Maßnahmen, Berufsberatung und Berufsvorbereitung deutlich zu verbessern und aufzuwerten,
- die Kontrolle von und die Mitbestimmung bei der Ausbildung durch die Auszubildendenvertretungen und ihre Gewerkschaften sowohl in der betrieblichen als auch in der schulischen Ausbildung zu ermöglichen,
- eine Rechtsverordnung, die die Wahl einer Interessenvertretung auch in außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen ermöglicht,

- die Ausbeutung Auszubildender als billige Arbeitskräfte zu beenden und eine Ausbildungsvergütung, von der Auszubildende gut leben können,
- qualifizierte und geprüfte Ausbilderinnen und Ausbilder für qualifizierte Ausbildung, um auch Auszubildende aus schwierigen Lebens- und Familienverhältnissen durch kompetentes pädagogisches Personal rechtzeitig zu fördern,
- ein Verhältnis von 1:8 (ein Ausbilder für acht Auszubildende) als Standard, um eine qualifizierte Ausbildung zu gewährleisten,
- die ausgesetzte Ausbildungseignungsverordnung (AEVO) wieder einzuführen, sie weiterzuentwickeln und den neuen Anforderungen in der Berufsausbildung anzupassen,
- den Berufsschulen eine zeitgemäße und qualitativ hochwertige Ausstattung mit modernen Lehr- und Lernmitteln zur Verfügung zu stellen,
- die Lernorte Betrieb und Berufsschule sinnvoll und eng zu verzahnen,
- Lernbeeinträchtigte, sozial Benachteiligte und Jugendliche mit Migrationshintergrund differenziert und zielstrebig zu fördern,
- die Stellen für Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen deutlich zu erhöhen,
- die Unterrichtsversorgung von mindestens 13 Wochenstunden zu gewährleisten,
- »Berufsfördermaßnahmen« durch Ausbildungswerkstätten und Berufsfachschulen mit der Möglichkeit auf qualifizierte berufliche Aus- und Weiterbildung im gewünschten Beruf zu ersetzen.

Für eine demokratische Hochschule – weg mit den Studiengebühren

Die aktuelle Hochschulpolitik orientiert sich vor allem an Wettbewerbsförderung, Standortsicherung und so genannter Exzellenzförderung. Durch den Umbau von Diplom- und Magisterstudiengängen in Bachelor- und Masterstudiengänge wird zudem die soziale Auslese weiter verstärkt und der Druck auf die Studierenden erhöht, bei zweifelhafter Popularität der geschaffenen »Schmalspurstudiengänge« auch in der Wirtschaft. Ziel der bayerischen Regierung ist es, auch den Universitätsbereich für den freien Markt zu öffnen und akademische Einrichtungen in ökonomische Dienstleistungsbetriebe zu verwandeln. Dies ist nicht nur soziale Auslese, sondern auch ein massiver Eingriff in die demokratische Verfassung der Hochschule.

Mit der Umstellung von Magister- auf Bachelor- und Masterabschlüsse wurde der universitären Bildung ein neuer Charakter aufgezwungen: Ein Studium gerade der Geisteswissenschaften soll nicht mehr eigenständiges, kritisches und interdisziplinäres Lernen und Forschen zum Ziel haben, das in sozialem und gesellschafts- oder hochschulpolitischem Engagement seine praktische Ergänzung erhalten kann. Vielmehr wird den Studierenden mit den Beschränkungen zur Studienfachkombination, dem Zwang zum ständigen Erwerb von Credit Points und weiteren Auflagen ein enges Korsett angelegt, das gesellschaftliches Engagement stark einschränkt. Den Studierenden wird kaum Raum gelassen, Entfaltungsmöglichkeiten außerhalb der begrenzten akademischen Welt wahrzunehmen und sich selbst zu finden.

Das Credit-Point-System geht einher mit einer Vereinheitlichung der Lerninhalte, die als geistloses Faktenwissen quantifiziert und abgeprüft werden können. Eigenständiges und kritisches Denken sind nicht mehr gefragt.

DIE LINKE fordert:

- die Hochschulen in öffentliche Verantwortung zu betreiben – wir wehren uns entschieden gegen alle Formen von schleichender Privatisierung,
- den Hochschulzugang grundsätzlich ohne vorherige soziale Auslese und ohne Studiengebühren zu ermöglichen,
- Bachelor- und Masterstudiengänge zurückzunehmen und den Bologna-Prozess dort, wo er sinnvoll ist, zu verwirklichen, z.B. bei der Erleichterung eines europäischen Studiums, das durch die lokal verschiedenen Ausprägungen der BA-/MA-Studiengänge bisher eher verhindert wird,
- die Studiengänge der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften als Grundlage für eine demokratische Zivilgesellschaft wieder auszubauen,
- die Abschaffung des Einspruchsrechts der katholischen Kirche bei der Besetzung von Lehrstühlen,
- keine staatlich bezahlte Ausbildung von Geistlichen,
- ein elternunabhängiges BAFÖG für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende muss eingeführt werden, denn jede und jeder muss in demokratischer Weise am Bildungsprozess teilhaben können,
- die Öffnung der Hochschulen auch für Menschen ohne Abitur, entsprechende Möglichkeiten sind zu fördern und auszubauen,
- die Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaft mit Finanzhoheit unter Einschluss eines politischen Mandats,
- Arbeitsverhältnisse an den Universitäten und Hochschulen durch dauerhafte und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze zu sichern und die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten auszubauen,
- den Zwang zur Einwerbung von Drittmitteln zu beenden und die akademische Selbstverwaltung wieder herzustellen.

Lebensbegleitendes Lernen ermöglichen – Weiterbildung ausbauen

Weiterbildung ist integraler Bestandteil der Bildung und daher als Rechtsanspruch zu verankern. Ein breit gefächertes und flächendeckendes Weiterbildungsangebot ist eine öffentliche Aufgabe. Ziel muss es dabei sein, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Angebote zu unterbreiten, die ihren persönlichen und beruflichen Interessen entsprechen und/oder dem Ziel der gesellschaftlichen Integration dienen. Damit sollen die Chancen der Menschen auf Teilhabe in Gesellschaft und Arbeitswelt, gerade in einer sich rapide verändernden Umwelt, verbessert werden.

Eine besondere Rolle spielt die politische Bildung. Land und Kommune haben die Verpflichtung, die Bevölkerung über gesellschaftspolitische Fragestellungen detailliert zu informieren und die Entwicklung eigener Handlungsmöglichkeiten zu fördern.

Lebensbegleitendes Lernen kann nicht aus privaten Rücklagen finanziert werden. Die Möglichkeiten, berufliche Arbeit und Weiterbildung zu verbinden, müssen verbessert werden, die Unternehmen dazu beitragen. Weiterbildung darf deshalb auch niemals als individuell zu erbringende Leistung definiert werden.

Im öffentlich geförderten Teil der beruflichen Weiterbildung müssen die Integration von Arbeitslosen und ihre Qualifikationsbedürfnisse stärker im Mittelpunkt stehen. Die schnelle Vermittlung in schlecht bezahlte und sozial nicht abgesicherte Arbeit lehnt DIE LINKE ab. Langzeitarbeitslose dürfen nicht zu Maßnahmen gezwungen werden, die kaum Qualifikation schaffen bzw. erhalten oder gar feste Arbeitsverhältnisse verhindern und zerstören. Die sozialversicherungspflichtige unbefristete Vollzeitbeschäftigung mit angemessener Bezahlung muss zur Regel werden.

Grundsätzlich müssen alle Beschäftigten entsprechend den tariflichen Regelungen in anderen öffentlichen Bildungsbereichen bezahlt werden. Willkürliche Befristungen durch den Arbeitgeber lehnt DIE LINKE in Bayern ab. Für freiberuflich tätige Lehrkräfte, die häufig scheinselfständig beschäftigt sind, fordern wir ein Honorar, das einem Entgelt für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in diesem Bereich entspricht, jedoch ein Mindesthonorar von derzeit 30 Euro pro Unterrichtseinheit.

DIE LINKE in Bayern fordert:

- alle Bereiche der öffentlich geförderten Weiterbildung ausreichend finanziell und personell auszustatten,
- den Erhalt und Ausbau der Volkshochschulen,
- die Bereitstellung öffentlicher Bibliotheken als Teil des Bildungsauftrages der bayerischen Verfassung und Pflichtaufgabe der Kommunen. Deswegen muss sich der Freistaat an deren Finanzierung ausreichend beteiligen,
- die Einführung eines gesetzlichen Bildungsurlaubs auch in Bayern.

Elementarbildung, Jugendhilfe und Sozialarbeit stärken

Bildung beginnt und endet nicht mit der Schule, sondern ist ein vielschichtiger lebensbegleitender Prozess, der bereits vor der Einschulung beginnt. Besonders wichtig für eine erfolgreiche Bildungsbiografie, aber auch für eine Entwicklung der sozialen Fähigkeiten, ist der frühe Beginn die Elementarbildung.

Das Elterngeld muss einkommensunabhängig sein, es darf nicht gemeinsam mit dem Kindergeld und eventuellen Unterhaltsleistungen anderer Elternteile mit anderen Sozialleistungen verrechnet werden. Seine Gewährung darf auch nicht zur Erhöhung des persönlichen Steuersatzes führen und damit kontraproduktiv wirken.

Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen und für eine gute individuelle Entwicklung der Kinder von Vorteil. Sie sind unverzichtbar für den Abbau von Benachteiligungen und die Chancengleichheit beim Zugang zu und den Erwerb von Bildung sowie für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Soziale Lernprozesse und Bildung schon im frühen Kindesalter mindern Entwicklungsverzögerungen und verstärken positives Sozialverhalten.

Das Bayerische Kinderbildungsgesetz (BayKiBiG) löst diese Aufgabe nicht. Die Betreuung von Kindern unter drei Jahren ist dort nicht vorgesehen; es gibt keinen spezifischen Betreuungsschlüssel für diese Altersklasse. Der jetzige Schlüssel von 1:12,5 gewährleistet keine gute, pädagogisch wertvolle Krippenbetreuung. In Europa gilt ein regulärer Betreuungsschlüssel von 1:8 als Voraussetzung für gute Frühbildung. Mit der Großtagespflege wurde eine Einfachstversion der Kindertagesbetreuung geschaffen, die weder den Eltern ein angemessenes pädagogisches Angebot, noch den Beschäftigten eine gesicherte Existenz bieten kann.

Wir brauchen in Bayern viel mehr Kindertageseinrichtungen, die intensiv zur Integration von Behinderten und Nichtbehinderten, anderen Kindern mit besonderem Förderbedarf, aber auch besonders begabten Kindern genutzt werden. Es sind Bedingungen zu schaffen, unter denen sich möglichst viele Eltern frühzeitig für eine Förderung in einer Kindertagesstätte entscheiden können. Die Sprachenvielfalt in einer Gruppe darf nicht als Handicap betrachtet, sondern muss als Gewinn genutzt werden.

Die Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialpädagoginnen und -pädagogen tragen im Umgang mit Kindern und Jugendlichen große Verantwortung. Sie brauchen für ihre Arbeit eine qualifizierte Ausbildung, insbesondere im Bereich der Diagnostik und der Sprachförderung. Dazu bedarf es ausreichender Weiterbildungsangebote und der Zeit, um alle Kinder individuell zu fördern.

Das Zusammenwirken von Kinder- und Jugendarbeit, von Jugendhilfe und Schule, von Fachkräften der Schul-, Sonder- und Sozialpädagogik sowie therapeutischen Kräften ist notwendiger Bestandteil integrativer Bildung und Erziehung. Dazu sind die personellen und rechtlichen Voraussetzungen herzustellen.

Die Einrichtungen müssen in einer angemessenen und kinderfreundlichen Zeit erreichbar und die Verkehrsmittel so ausgelegt sein, dass jedes Kind einen Sitzplatz hat, die Verkehrssicherheit dem PKW-Standard entspricht und eine weitere erwachsene Aufsichtsperson mitfahren kann.

DIE LINKE fordert:

- überall integrative gebührenfreie Tageseinrichtungen mit dem dafür erforderlichen Personal zu schaffen; in einem ersten Schritt soll für das letzte Jahr vor der Schule ein Rechtsanspruch auf kostenfreien Zugang geschaffen werden,
- eine sofortige Erhöhung des Grundbetreuungsschlüssels (ein/e ErzieherIn für max. zehn Kinder), mittelfristig auf 1:8,
- die gesonderte Berücksichtigung von Kindern unter drei Jahren,
- eine angemessene Erhöhung des Schlüssels für Kinder mit Migrationshintergrund sowie für Kinder aus schwierigen sozialen Lagen,
- ein flächendeckendes Angebot nicht religiös gebundener Kindertagesstätten,
- eine interkulturelle Erziehung als Ziel,
- die Abschaffung des derzeitigen, auf Personaleinsparung ausgerichteten Systems der Buchungszeiten zugunsten eines pädagogisch sinnvollen Gesamtbildungskonzeptes,

- die Entbürokratisierung der pädagogischen Arbeit,
- keine Förderung gewinnorientierter Kindertagesstätten,
- gesunde und kostenfreie Mahlzeiten für die Kinder in allen Einrichtungen.

Freiheit für Kunst und Kultur

Für DIE LINKE steht der Mensch im Mittelpunkt der Politik. Damit ist DIE LINKE, ist die von uns vertretene Politik selbst ein kulturelles Projekt. Wir wollen der Überzeugung zur Durchsetzung verhelfen, dass die Wirtschaft im Dienst der Menschen steht.

Wo dieses Verhältnis sich offenbar umgekehrt hat, müssen wir uns versichern: Kulturelle Bildung und künstlerische Tätigkeiten sind kein Luxus oder gar nutzloser Zeitvertreib, sondern ein wesentlicher Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung und ein Grundbedürfnis eines jeden Menschen. Alle Menschen in unserer Gesellschaft sollen daran teilhaben können, und zwar nicht nur als Konsumenten, sondern als selbst tätige, schöpferische Gestalterinnen und Gestalter.

Kunst und Kultur sind außerdem Orte der Begegnung und des Dialogs unterschiedlicher Kulturen. Hier werden Verständnis und Toleranz für die anderen und für das Eigene gefördert. Kultursponsoring durch finanzkräftige Geldgeber birgt die Gefahr der Instrumentalisierung von Kunst und kann durch »Event«-Orientierung zu einer Verflachung führen. Umso entscheidender ist, dass öffentliche Mittel die Vielfältigkeit der kulturellen Äußerungsmöglichkeiten gewährleisten.

DIE LINKE fordert:

- kulturelle und musische Bildung in den Schulen gleichberechtigt mit anderen Fächern zu behandeln und auszubauen,
- eine Wertschätzung dieser Fächer, die sich auch in der angemessenen Berücksichtigung in Lehrplänen niederschlagen soll,
- die Situation von Kunst- und Kulturschaffenden zu verbessern,
- dringend benötigte Arbeitsplätze und Projekte im kulturellen und sozialen Sektor zu schaffen,
- eine Kulturpolitik die darauf hinwirkt, ein vielgestaltiges und ausgewogenes kulturelles Angebot zu schaffen, das für die Allgemeinheit zugänglich bleibt,
- keine einseitige Förderung bestimmter kultureller und künstlerischer Institutionen und Richtungen, sondern Vielfalt und Toleranz,
- den Besuch von Theatern, Museen und anderen Kunstinstituten sowie die Teilnahme an musischen Weiterbildungsangeboten – zum Beispiel an der Volkshochschule – für alle bezahlbar zu machen,
- die abbröckelnde kulturelle Infrastruktur der bayerischen Kommunen im ländlichen Bereich wieder mehr zu unterstützen,
- die Durchkommerzialisierung von Kunst zu verhindern.

Medienvielfalt statt kommerzielle Verflachung

Medien filtern die Informationen für die Bevölkerung und prägen die Kultur. Wer Medien besitzt oder kontrolliert, kann gesellschaftliche Entwicklungen stark beeinflussen. Die einflussreichsten Medien in Bayern festigen die von der CSU geschaffenen herrschenden Verhältnisse.

DIE LINKE verteidigt in Bayern die Pressefreiheit, unterstützt unabhängige Medienmacherinnen und Medienmacher und trägt selbst zur Herstellung von demokratischer Gegenöffentlichkeit bei.

In Presse, Fernsehen und Radio werden kommerzielle Interessen immer bestimmender. Zunehmende Konzentrationsprozesse und steigender Renditedruck führen zu weiterer Verflachung der Berichterstattung, personell unterbesetzte Redaktionen sind außerstande, eine unabhängige und zuverlässige Berichterstattung zu gewährleisten. Der Einfluss von PR-Agenturen auf Redaktionen hat beängstigend zugenommen. Dies alles geht zu Lasten verlässlicher Information und berührt die demokratische Substanz unserer Gesellschaft. Besonders beunruhigend ist, dass sich Finanzinvestoren in immer größerem Ausmaß des Mediensektors bemächtigen, denen es naturgemäß in keiner Weise um Information, sondern einzig um Rendite geht.

In einer solcherart deformierten Medienlandschaft muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine umso bedeutendere Quelle unabhängiger Information sein. Die politische Berichterstattung des Bayerischen Rundfunks ist jedoch, von Ausnahmen abgesehen, ähnlich angepasst wie die der kommerziellen Presse. Wichtige Informationen und wichtige Filme werden der Öffentlichkeit entweder gänzlich vorenthalten oder zu nächtlicher Zeit gesendet, so dass die arbeitende Bevölkerung sie kaum sehen kann. Der eigentliche Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird damit nicht erfüllt.

DIE LINKE setzt sich für Medienvielfalt ein, die eine unabhängige Information der Bevölkerung im Sinne gesellschaftlicher Emanzipation ermöglicht. Um der weiteren Verflachung der Presseberichterstattung entgegenzuwirken, sind Redaktionsstatute, die den Redaktionen eine unabhängigere Arbeit sichern, unerlässlich. Diese einstmals auch von der Sozialdemokratie vertretene Forderung könnte bei entsprechenden Mehrheiten im Landtag durch ein Landespressegesetz verbindlich festgelegt werden.

Mit der Entfaltung und Verbreitung des digitalen Netzes entstehen und reproduzieren sich spezifische soziale und räumliche Mechanismen der Ausgrenzung. In Bayern ist der Zugang zu digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien nach Einkommen und Region ungleich verteilt. Dies führt zu einer Spaltung der Gesellschaft und steht damit im Widerspruch zu demokratischen Grundideen.

DIE LINKE fordert:

- den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die Unabhängigkeit des Bayerischen Rundfunks bei der Programmgestaltung zu stärken,
- den Aufsichtsgremien des Senders entsprechend den vielfältigen Interessen der Gesellschaft, unter anderem der arbeitenden Bevölkerung, größere Geltung zu verschaffen,

- die Regeln gemäß Landesmediengesetz Artikel 4 im Sinne der Ausgewogenheit des Gesamtangebots und der Meinungsvielfalt einzuhalten,
- die Tendenz zur weiteren Kommerzialisierung des öffentlich-rechtlichen Programmangebots zu stoppen,
- den Empfang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar zu halten,
- Geringverdienende, Studierende sowie BezieherInnen von Niedrigrenten – auch diejenigen, die bewusst auf den Bezug von Sozialleistungen verzichten – ebenso wie Arbeitslose in Hartz IV mit Zuverdienst von der Rundfunkgebührenpflicht zu befreien,
- die Bereitstellung einer Infrastruktur für ein bezahlbares »Breitband-Internet für alle« in Bayern.

Gleichberechtigung

Wir streben eine demokratische Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung an, die die traditionelle Rollenaufteilung grundlegend ändert und die patriarchalische Kultur beseitigt. Wir treten ein für Integration, Emanzipation und Gleichberechtigung. Wir stehen gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Ausbeutung und Unterdrückung jeglicher Art.

Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen

Obwohl die Gleichberechtigung der Geschlechter verfassungsrechtlich garantiert ist, wurde bis heute die ungleiche Verteilung von Lebenschancen bei weitem nicht aufgehoben. Frauen weisen beispielsweise heutzutage bessere Bildungsabschlüsse vor und verdienen bei gleicher Arbeit trotzdem noch immer fast 30 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Viele berufstätige Frauen haben kein existenzsicherndes Einkommen. Frauen, auf denen nach wie vor ein Großteil an familiären und fürsorglichen Verpflichtungen wie Kinder- und Altenpflege, Erziehung und Haushalt lastet, sind darum von der Politik des Neoliberalismus und des Sozialkahlschlags besonders hart betroffen. Das Modell des männlichen Familienernährers, an dem die CSU festhält, ist überholt.

DIE LINKE fordert:

- gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit und Qualifikation,
- eine frühzeitige Förderung einer geschlechterunabhängigen Berufswahl,
- eine Politik der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht und keine »erzwungene« Teilzeit,
- die Abschaffung des Ehegattensplittings,
- ein vom Partner oder von der Partnerin unabhängiges Bleiberecht für Migrantinnen und Migrantinnen,
- keine Anrechnung des Kindergeldes auf die staatlich gewährten Grundsicherungsleistungen,
- die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch,
- die konsequente Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen,
- Gewalt und Unterdrückung in der Ehe und anderen Lebensgemeinschaften zu ächten,
- konsequentes Vorgehen gegen Zwangsehen,
- Schutz der Prostituierten vor Zuhältern und Übergriffen von Freiern,
- verschärfte Strafverfolgung von Menschenhandel und Zwangsprostitution unter Verschonung der betroffenen Frauen,
- mehr Geld für autonome Frauenprojekte und Pauschalfinanzierung für Frauenhäuser,

- Gelder für Forschung und Prävention zur Verhinderung sexueller Gewalttaten,
- Behandlungspflicht für gewalttätige Männer sowie ausreichende Finanzierung therapeutischer Angebote.
- Für ein frauenfreundliches und emanzipiertes Bayern benötigen wir:
 - quotierte Besetzungen von Verwaltungsräten, Ausschüssen, öffentlichen Einrichtungen u.ä. auf Landesebene,
 - hauptamtliche Gleichstellungs- und FrauenvertreterInnen,
 - vom Staat unabhängige Gleichstellungsstellen,
 - mehr Rechte und Einfluss für Frauenbeauftragte im Öffentlichen Dienst,
 - eine Novellierung des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes,
 - die Erhöhung des Frauenanteils bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft,
 - eine Novellierung des Vergabegesetzes zur Absicherung der Frauenförderung,
 - einen jährlichen Frauenarmutsbericht im Rahmen einer detaillierten Sozialberichterstattung für Bayern.

Für eine zukunftsfähige Migrations- und Integrationspolitik

Nach mehr als 50 Jahren bundesdeutscher Migrationsgeschichte ist festzustellen, dass Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund noch immer vielfachen gesellschaftlichen Ausgrenzungen ausgeliefert sind. Sie sind oft in ihrer Wohnumgebung isoliert, in der Arbeitswelt überwiegend mit niedrig qualifizierten Tätigkeiten betraut und vom gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ausgeschlossen.

Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben in einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft. Davon ist Bayern weit entfernt.

Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit und mangelnde Bildung sozial Benachteiligter sind Bestandteile der allgemeinen Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Sie wirken auf Menschen mit Migrationshintergrund in besonderem Maße negativ. Ihnen wird oft einseitig die Schuld an ihrer Situation zugeschrieben. Wir sind gegen jede Politik, die Zuwanderer und Einheimische gegeneinander auspielen will.

Menschen mit Migrationshintergrund sind vom Sozialabbau besonders hart betroffen. Durch Hartz IV sind der Anschluss an den Arbeitsmarkt und die Familienzusammenführung fast unmöglich geworden. Aufgrund des ALG II erhalten viele kein dauerhaftes Bleiberecht mehr. Zudem wird die Einbürgerung erschwert und im Extremfall droht die Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis. Der überwiegende Teil der Menschen mit Migrationshintergrund hat keinen Zugang zu weiterführender Bildung. Für die nachfolgenden Generationen setzt sich diese negative Entwicklung fort. Tatsächlich hat sich mancherorts der Zugang zu weiterführenden Bildungsabschlüssen in den letzten Jahren wieder verschlechtert.

Migrantinnen und Migranten gelten in unserer Gesellschaft häufig als unqualifiziert und ungelernt. Viele von ihnen weisen jedoch höhere Bildungsabschlüsse auf. Dies gereicht ihnen aber nicht zum Vorteil. Ihre schulischen und beruflichen Abschlüsse aus den Herkunftsländern werden besonders in Bayern nur unter komplizierten Voraussetzungen oder überhaupt nicht anerkannt.

Die erste Generation der Migrantinnen und Migranten hat längst das Rentenalter erreicht. Viele von ihnen bedürfen der Unterstützung und Pflege durch öffentliche Einrichtungen. Diese müssen dafür personell und materiell besser ausgestattet werden. Die zunehmende soziale Ausgrenzung spiegelt sich im Siedlungsverhalten wieder, Ghettobildung in den Großstädten ist die Folge.

DIE LINKE fordert:

- auch in Bayern ist die Einbürgerung zu erleichtern,
- die Realisierung der Bayerischen Verfassung: Wer hier geboren ist, ist Bürger unseres Landes,
- das Wahlrecht für alle, die hier leben,
- die Bestimmung einer/s Landesbeauftragten zur Förderung der Chancengleichheit, die/der Gesetze, Verwaltungsrichtlinien und Verwaltungshandeln auf Rassismus, Intoleranz und Diskriminierung überprüft.
- durch das Sozialministerium ein tragfähiges Migrations- und Integrationskonzept zu erarbeiten, das auf allen Ebenen des Freistaates umzusetzen ist. Die Umsetzung muss in regelmäßigen Abständen überprüft und bewertet werden. Die notwendigen finanziellen Mittel sind bereitzustellen,
- Privatpersonen, Vereine und Institutionen, welche sich mit dem Thema Migration und Integration auseinandersetzen, müssen in die Erarbeitung und Umsetzung einbezogen werden,
- die interkulturelle Kompetenz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Öffentlichen Dienst intensiver zu fördern und BewerberInnen mit Migrationshintergrund und entsprechender Qualifikation verstärkt einzustellen,
- der Öffentliche Dienst muss Vorreiter für die Integration in Ausbildung und Berufsleben werden,
- die Wiedereingliederung niedrig qualifizierter Menschen massiv zu fördern.
- die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse zu verbessern; dafür muss sich eine bayerische Regierung auch in der Kultusministerkonferenz einsetzen,
- für qualifizierte Migrantinnen und Migranten sollen verstärkt Anpassungsfortbildungen entwickelt und angeboten werden,
- in Institutionen wie Krankenhäusern, Altenheimen, Beratungsstellen und Gefängnissen mehr Fachkräfte mit interkultureller Kompetenz und Migrationshintergrund einzusetzen. So muss z.B. die muttersprachliche Beratung und Betreuung für Seniorinnen und Senioren ausgebaut werden.

- der Unterversorgung von Migrantinnen und Migranten im Bereich der psychosozialen Beratung und der psychotherapeutischen Betreuung ist durch eine gezielte Ausbildung und die Einrichtung entsprechender Stellen entgegenzuwirken. Um dem Mangel abzuhelpfen, müssen hier auch Ausnahmeregelungen zur Anerkennung nichtdeutscher Ausbildungen angewandt werden,
- die Muttersprache von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu fördern und den formalen Nachweis dieser Kenntnisse zu ermöglichen,
- kommunale Wohnungspolitik muss Integration befördern und einer Ghetto-bildung entgegenwirken. Projekte wie die »Soziale Stadt« müssen – in Zusammenarbeit mit den Kommunen – erweitert und unterstützt werden.

Für die Gleichberechtigung aller Lebensweisen

Gleichberechtigung für Lesben, Schwule, Transgender, inter- und bisexuelle, kurz queere¹ Menschen ist noch nicht erreicht. Diskriminierung besteht am Arbeitsplatz, in öffentlichen oder privaten Institutionen und anderen Bereichen. In Bayern gipfelt die institutionelle Diskriminierung in der Verweigerung des Rechts gleichgeschlechtlicher Paare, ihre Lebenspartnerschaft auf dem Standesamt zu schließen, wie es in allen anderen Bundesländern üblich ist. Sie müssen in Bayern zur Notarin/zum Notar, womit der Lebenspartnerschaft ein Etikett der »Ehe zweiter Klasse« angeheftet wird. Auch in schulischer und außerschulischer Bildung erhalten queere Lebensweisen nicht den ihnen zustehenden Raum, erfahren queere Menschen Ausgrenzung statt Respekt.

DIE LINKE tritt für die uneingeschränkte Gleichberechtigung der Lebensweisen von Schwulen, Lesben, Transgender, Inter-, Bi- und Heterosexuellen ein. Bei uns sind sie Teil eines neuen Familienbildes, welches gegenseitige Verantwortung in unterschiedliche Lebensformen stärkt. Dabei kann die Institution der bürgerlichen Ehe nicht die einzig anerkannte Familienform sein. Keine Beziehungsform, auch nicht die langjährig monogame Zweierbeziehung, sollte bevorzugt werden. In schulischer und außerschulischer Bildung sollen alle Lebensentwürfe als gleichberechtigt dargestellt werden. Ziel ist es, den eigenen Lebensentwurf und die eigene Sexualität selbst bestimmt zu finden. DIE LINKE unterstützt emanzipatorische und aufklärerische Kulturarbeit, die die gesellschaftliche Akzeptanz alternativer Lebensweisen fördert.

DIE LINKE kritisiert alle am biologischen Geschlecht ausgerichteten Identitäten und Machtformen und forderte schon in der Vergangenheit die Abschaffung des gesetzlichen Geschlechts als Pfeiler gesellschaftlicher Normierung, die schon mit der Eintragung in den Ausweis beginnt.

DIE LINKE fordert:

- die Einrichtung eines Fachbereichs für gleichgeschlechtliche Lebensweisen beim Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen,

¹ Der Begriff »queer« bezeichnet Lebensweisen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, jenen, die sich keinem der beiden Geschlechter zuordnen lassen und/oder dies nicht wollen, die keine heterosexuelle Paarbeziehung eingehen wollen.

- die konsequente Umsetzung des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) in der öffentlichen Verwaltung,
- queeren Jugendlichen sowie Kindern und Jugendlichen aus queeren Lebensgemeinschaften den Besuch von Schulen und Kindergärten ohne Diskriminierung zu ermöglichen, Lehrpläne, Fortbildungsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher sowie Projektangebote entsprechend auszurichten.

Für ein demokratisches Bayern

»Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus«. So bestimmen es Artikel 20 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes und Artikel 2 der Bayerischen Verfassung. Nur noch eine Minderheit der Bevölkerung empfindet diese Rechtsnorm jedoch als Realität. Eine immer weiter zurückgehende Wahlbeteiligung macht deutlich, wie gering die Erwartungen der Einwohnerinnen und Einwohner an positive politische Veränderungen sind. Das kann sich nur ändern, wenn die Menschen an den Entscheidungsprozessen teilnehmen können. Zu hoch sind die Hürden für Mitsprachemöglichkeiten bei Volksentscheiden und Bürgerbegehren.

DIE LINKE fordert:

- die Senkung der rechtlichen Hürden für kommunale und landesweite Volksabstimmungen,
- den Artikel 73 der Bayerischen Verfassung (»Über den Staatshaushalt findet kein Volksentscheid statt.«) zu streichen und Bürgerhaushalte zu ermöglichen,
- die Ausweitung des allgemeinen Wahlrechts auf alle Menschen, die in Bayern leben und über 16 Jahre alt sind,
- die generelle Anwendung des demokratischeren Hare-Niemeyer-Auszählverfahrens bei Wahlen,
- die Stärkung einer politischen Vielfalt in den kommunalen Parlamenten und damit die deutlich erleichterte Möglichkeit, bei Kommunalwahlen antreten zu können,
- die Förderung des Demokratieverständnisses aller und im Besonderen der jungen Bürgerinnen und Bürger sowie der Initiativen und Einrichtungen für selbst verwaltete Jugend- und Kulturarbeit durch den Bayerischen Landtag.

Für die Demokratisierung der Verwaltung

Verwaltungsreform hieß für die CSU-Landesregierungen in der Vergangenheit immer nur eines: Personalabbau, Arbeitsverdichtung und Beschneidung der Mitbestimmung der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Letztlich bedeutete dies weniger Bürgernähe und weniger Motivation der Beschäftigten. DIE LINKE will einen anderen Weg beschreiten. Sie fordert auf jeder Verwaltungsebene Bürgerbeauftragte (Ombudsleute) mit aufschiebendem Vetorecht, die als neutrale Schlichtungsinstanzen auf vorgerichtlicher Ebene zwischen den Bürgern und den einzelnen Ämtern und Behörden auftreten. Eine einwohnerfreundliche Verwaltung muss unter nachvollziehbaren Kriterien ihre Aufgaben erledigen. Dies kann sie nur mit dem dafür nötigen Personal tun. Bestehende Hierarchien sollten abgebaut und die Entscheidungsebene weiter nach unten verlagert werden.

Für DIE LINKE ist eine Änderung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes notwendig.

DIE LINKE fordert:

- eine Demokratisierung der Betriebe und Dienststellen in Bayern,

- eine Erweiterung des Wahlrechtes zu den Personal-, Jugend- und Auszubildendenvertretungen,
- den Ausbau und die Stärkung der Beteiligungsrechte,
- die Stärkung der Rechte der Personal-, Jugend- und Auszubildendenvertretungen,
- die Aufnahme der Informations-, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte des Betriebsverfassungs- und des Bundespersonalvertretungsgesetzes und der Landesvertretungsgesetze in das Bayerische Personalvertretungsgesetz,
- die Anwendung der rechtskräftigen Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte durch die jeweiligen Verwaltungen,
- die Bildung eines Landes-Personalrates und einer Landes-Jugend- und Auszubildendenvertretung auf der Ebene des Ministerrates, um eine weitere Umgehung der Mitbestimmungsrechte auf dieser Ebene zu verhindern
- das Recht auf Mitbestimmung hinsichtlich Fremdvergaben, Outsourcing, Einsatz von betriebsfremden ArbeitnehmerInnen u.ä.,
- den Ausbau von Fortbildungs-, Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Personalvertretungen.

Wir wollen die Bezirksregierungen als verlängerten Arm der Staatsregierung abschaffen und die demokratischen Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Regionen stärken. DIE LINKE fordert die Dezentralisierung möglichst vieler Kompetenzen, damit mehr Entscheidungen vor Ort getroffen werden können. Dies muss mit der zwingenden Voraussetzung geschehen, dass die kommunalen Körperschaften mit den erforderlichen Finanzen ausgestattet werden, damit die neuen Aufgaben bewältigt werden können.

Freiheitsrechte und »Innere Sicherheit«

Die Debatte um die »Innere Sicherheit« ist immer mehr geprägt von Schlagwörtern wie allgemeiner Terrorverdacht, Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung, Lauschangriff, genetischer Fingerabdruck oder verdachtsunabhängige Kontrolle. Persönliche Freiheitsrechte, die den einzelnen Bürger vor staatlichen Übergriffen schützen, sollen unter dem völlig unbestimmten Begriff der »Gefahrenabwehr« massiv eingeschränkt werden.

Rasterfahrungen und Videoüberwachungen öffentlicher Straßen und Plätze wurden ebenso ausgeweitet wie der nicht hinreichend kontrollierte Einsatz privater Sicherheitsdienste. CSU-Politiker sind Vorreiter in der Diskussion, ob es den Strafverfolgungsbehörden erlaubt sein solle, zu foltern und ob die Bundeswehr im Innern eingesetzt werden dürfe.

Die CSU-Staatsregierung hat im April einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit gravierend eingeschränkt werden soll. Wenn dieser Entwurf zum Gesetz wird, würden Gewerkschaften bei Arbeitskämpfen massiv geschwächt und politische Demonstrationen und Versammlungen stark beeinträchtigt werden. Nach Vorstellung der CSU würde bereits das Zusammentreffen von zwei Menschen eine »Versammlung« darstellen, die anmeldepflichtig ist. Unter solchen

Umständen hätte es jede Gewerkschaft schwer, bei Arbeitskämpfen Streikposten aufzustellen. Schon Fahnen, Ansteckplaketten und einheitliche Schilder können bei Versammlungen gegen das neu erfundene »Milizverbot« verstoßen. Bei Zuwiderhaltungen würden Geldstrafen von bis zu 3.000 Euro drohen. DIE LINKE wehrt sich gemeinsam mit Gewerkschaften und in einem breiten Bündnis mit anderen Organisationen gegen diesen Gesetzentwurf.

Mit der Einschränkung von Freiheitsrechten, dem Ausbau des Überwachungsstaates und der Militarisierung der Innenpolitik kann die Gefahr von Terroranschlägen in der Bundesrepublik nicht verringert werden. Vielmehr nimmt diese Gefahr durch Bundeswehreinheiten in aller Welt, insbesondere in Afghanistan, zu. Auch deshalb tritt DIE LINKE für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ein.

Es ist nicht Aufgabe der Innenpolitik, die Bürgerinnen und Bürger zu bespitzeln und unter Generalverdacht zu stellen. Es ist vielmehr Aufgabe der Politik, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen, auch und vor allem vor staatlichen Übergriffen. Die bayerische LINKE sagt entschieden NEIN zu dem Vorhaben, öffentliche Sicherheit mit der Einschränkung von Freiheitsrechten herstellen zu wollen. Das Problem der öffentlichen Sicherheit ist auch eine soziale Frage. Die Ursachen von Kriminalität müssen bekämpft werden. Alltägliche Gewalt oder Eigentumsdelikte wachsen oft in so genannten »sozialen Brennpunkten«, in denen Armut, Erwerbslosigkeit und mangelnde Integration von Menschen geballt auftreten. Wenn in diesen Bereichen an Planstellen im Bereich der Sozialarbeit, an Sprachkursen, Beratungs- und Hilfsangeboten gespart wird, dann ist ansteigende Kriminalität das Ergebnis.

DIE LINKE fordert:

- die Beschränkung polizeilicher Maßnahmen wie das befristete Einsperren ohne Urteil, Platzverweis und Aufenthaltsverbot,
- ein Verbot von Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen,
- die Abschaffung der Rasterfahndung,
- die Auflösung der Verfassungsschutzbehörde als geheimdienstliche Institution und die scharfe Trennung von Polizei und Geheimdiensten,
- die verstärkte Nutzung von Beratungs- und Hilfsangeboten der Sozialarbeit,
- die Einrichtung eines Menschenrechtsausschusses im Bayerischen Landtag,
- eine an den Landtag angebundene unabhängige Beschwerdestelle, die mittels umfassender Rechte mögliche Rechtsverletzungen der Polizei überprüfen und ihre Arbeitsergebnisse bei Verdacht von Rechtsverletzungen an die Staatsanwaltschaft weiterleiten soll,
- die Einrichtung lokaler Anlaufstellen durch die Beschwerdestelle,
- eine bessere Ausbildung der Polizei, vor allem in Bezug auf das Deeskalationsverhalten sowie zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität,
- eine Kennzeichnungspflicht von Polizistinnen und Polizisten auf Demonstrationen,
- die sofortige Auflösung der polizeilichen Sondereinheit USK (Unterstützungskommando).

Drogenpolitik – Hilfe statt Repression

Auch im Bereich der Drogenpolitik muss ein Umdenken stattfinden. Statt den Betroffenen ausreichend Hilfsangebote anzubieten, setzte die CSU-Landesregierung vor allem auf eine Repressionsstrategie. Vielfältige Erfahrungen zeigen, dass staatliche Verbote nur selten vom Drogenkonsum abhalten können. Stattdessen werden Drogenabhängige kriminalisiert und ins gesellschaftliche Abseits getrieben. Außerdem wird ein illegaler Wirtschaftszweig gefördert und der Jugendschutz verhindert.

DIE LINKE steht für eine Drogenpolitik, die sich am aktuellen wissenschaftlichen Stand und am Wohl der Abhängigen orientiert und die auf Prävention statt Kriminalisierung setzt. Unser Ziel ist ein humanes und fachlich überzeugendes Konzept, welches abhängigen Betroffenen eine grundsätzliche Perspektive für den Ausstieg aus der Sucht ermöglicht.

DIE LINKE fordert:

- objektive Aufklärung über mögliche Folgen des Drogenkonsums im Rahmen des Schulunterrichts,
- eine Bundesratsinitiative zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes im Hinblick auf eine Neuklassifizierung nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen,
- eine Entkriminalisierung von Besitz, Erwerb und Anbau sowie die Zulassung von kontrolliertem Handel mit Cannabis unter Berücksichtigung des Jugendschutzes,
- die Regelversorgung von Schwerstabhängigen mit Diamorphin/Heroin,
- mehr Finanzmittel für freiwillige, psychosoziale Beratungs- und Betreuungsstellen,
- eine deutlich bessere Unterstützung für Nachsorge-Projekte und Selbsthilfegruppen und den Ausbau von rechtlicher und sozialer Beratung sowie angemessene Hilfe zur Wiedereingliederung in Beruf und Ausbildung.

Privatsphäre schützen – Nein zum »gläsernen Menschen«

Grundlage des Datenschutzes ist das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Jeder Mensch muss selbst frei entscheiden können, was mit seinen personenbezogenen Daten geschieht. Angesichts der wachsenden Bedeutung von Informationstechnologien und elektronischer Datenverarbeitung gewinnt der Datenschutz immer mehr an Bedeutung. Die gegenwärtige Rechtslage setzt zwar der Daten-Sammelwut gewisse Grenzen, aber längst nicht im notwendigen Umfang. Die Arbeit des bayrischen Datenschutzbeauftragten wird eher behindert als gefördert.

DIE LINKE fordert:

- den Datenschutz zu einem Staatsziel in der Landesverfassung zu erheben,
- die Einrichtung eines von der Regierung unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz,
- die Ausweitung des Datenschutzgesetzes auf alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung,

- die Sammlung von persönlichen Kommunikationsdaten jeder Art durch Polizei und Behörden grundsätzlich nur in Einzelfällen und aufgrund eines richterlichen Beschlusses zuzulassen,
- die Einführung des Anspruches aller Bürgerinnen und Bürger auf kostenlose Auskunft, Korrektur und gegebenenfalls Löschung von Daten in zentralen Datenbanken,
- die deutliche personelle und finanzielle Aufwertung der/des Datenschutzbeauftragten und ihrer/seiner Arbeitsmöglichkeiten,
- die Löschung aller über den gesetzlichen Rahmen hinausgehenden, über ein Jahr alten Daten von Schülerinnen und Schülern.

Flüchtlinge brauchen Schutz – Asylrecht ausbauen

So lange es Kriege und soziale Ungleichheit gibt, wird es Flucht geben. Es ist daher falsch, mit einer repressiven Asylpolitik gegen Flüchtlinge und nicht gegen die Ursachen der Flucht zu kämpfen. Das Asylrecht ist Teil der Menschenrechte und Ausdruck unserer politischen, humanitären und geschichtlichen Verantwortung. Den fortschreitenden Abbau der Asylrechte nehmen wir nicht hin.

Der CSU scheint selbst das bestehende Flüchtlingsrecht noch zu liberal zu sein. Die auf Landesebene erlassenen Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz sind von dem Leitgedanken getragen, Ausländerinnen und Ausländer außer Landes zu befördern und Integration und Einwanderung zu erschweren.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Diese Tatsache muss zur Leitlinie der Politik werden und ist in allen Gesetzen und Verwaltungsvorschriften zu berücksichtigen.

DIE LINKE fordert:

- die Aufhebung der Drittstaatenregelung,
- bei anerkannten Flüchtlingen das Asylrecht nicht widerrufen zu können,
- Anerkennung des Aufenthalts bislang illegaler Migrantinnen und Migranten,
- keine Abschiebung von Familien und minderjährigen Kindern,
- Gewährung des Bleiberechts auch für Arbeitslose, Kranke, Alte und Behinderte,
- die Auflösung aller Gemeinschaftsunterkünfte,
- die Auszahlung von Sozialleistungen in Geld und nicht in Essenspaketen oder Gutscheinen,
- Mitgliedern der Härtefallkommission autonome Entscheidungskompetenzen einzuräumen,
- die Einrichtung einer flächendeckenden und kostenlosen Beratungsstruktur für Migrantinnen und Migranten.

DIE LINKE wird im Landtag Initiativen ergreifen, um eine demokratische Flüchtlingspolitik im Bundesrat durchzusetzen.

Sie wird sich insbesondere einsetzen:

- für eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes mit dem Ziel, das deutsche Ausländer- und Asylrecht so umzugestalten, dass die Menschenwürde der Flüchtlinge, der Einwanderinnen und Einwanderer gewahrt ist,
- für ein demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht auf Grundlage des Territorialprinzips (ius soli), das auch die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht,
- für eine Erweiterung des Asylrechts, insbesondere um frauenspezifische Fluchtgründe wie genitale Verstümmelung, Vergewaltigung, Zwangsheirat und Witwenverbrennung,
- für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und damit der unwürdigen Leistungen unterhalb des Niveaus von SGB II bzw. SGB XII,
- für die Ablehnung der Strafverfolgung bei Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht und jener, die Flüchtlingen Schutz gewährt haben.

Antifaschismus

»Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.«

So heißt es im Schwur der überlebenden Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald. Dieser Schwur ist für DIE LINKE eine Verpflichtung.

Neofaschismus ist kein lokal begrenztes Phänomen. Auch in Bayern gibt es dieses Problem: Das zeigen anhaltende Wahlerfolge wie zuletzt bei den bayerischen Kommunalwahlen im Frühjahr, bei denen die NPD-Tarnorganisation »Bürgerinitiative Ausländerstopp« in die Parlamente der beiden größten bayerischen Städte eingezogen ist. Das zeigen die regelmäßigen Versammlungen von NPD, Freien Kameradschaften und geistesverwandten Organisationen in Bayern. So werden die Bewohnerinnen und Bewohner der oberfränkischen Gemeinde Gräfenberg seit einiger Zeit nahezu monatlich von neonazistischen Versammlungen belästigt.

Das zeigen die Zahlen von neofaschistischen Straftaten und Gewaltdelikten, die sich auf einem anhaltend hohen Niveau befinden. So kommt es nach offiziellen Angaben bundesweit fast täglich zu zwei rechten Gewalttaten. In Bayern haben Neonazis im Jahr 2007 über 2.000 politisch motivierte Straftaten verübt.

Vor allem in ländlichen Gebieten gelingt es Neonazis immer häufiger, eine rechte Gegenkultur aufzubauen und damit vor allem Jugendliche zu ködern. Das Durchschnittsalter der NPD-Mitglieder liegt bei ungefähr 35 Jahren.

Fremdenfeindliche Parolen finden sich jedoch nicht nur am rechten Rand unserer Gesellschaft wieder. So schürt die CSU seit Jahrzehnten eine Stimmung gegen Immigrantinnen und Immigranten und stärkt vorhandene Ressentiments in der Bevölkerung, wie jüngst die Debatte um die gewalttätigen Übergriffe in der Münchner U-Bahn zeigte. Die CSU schafft damit ein gesellschaftliches Klima, in dem es neofaschistische Organisationen leichter haben, Anhänger für ihre menschenverachtenden Gedanken zu gewinnen.

Um neue Nazis zu bekämpfen, bedarf es einer ständigen Auseinandersetzung mit den Gräueln des Nationalsozialismus und den Taten ihrer ideologischen Nachahmer heute.

DIE LINKE fordert:

- die Förderung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit,
- politische Unterstützung und finanzielle Mittel für antifaschistische und antirassistische Projekte und Initiativen,
- konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistischer und antisemitischer, neonazistischer und nationalistischer Straftaten und Gewaltdelikte,
- keine Zusammenarbeit zwischen Neofaschisten und dem Staat – die so genannten V-Männer müssen aus der NPD abgezogen werden,
- ein Verbot der NPD und entsprechende Initiativen durch den Bayerischen Landtag. Wir sind uns bewusst, dass allein durch ein NPD-Verbot neonazistisches Gedankengut nicht aus den Köpfen ihrer Mitglieder verschwindet. Ein Verbot kann jedoch den Handlungsspielraum der Neonazis erheblich einschränken,
- die Förderung der Erinnerungskultur durch Ausstellungen, Informationsveranstaltungen und Gedenkstätten, ausreichende finanzielle Ausstattung der KZ-Gedenkstätten in Dachau und Flossenbürg, des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände in Nürnberg und des künftigen NS-Dokumentationszentrums in München sowie örtlicher und regionaler Gedenkstätten.

Für ein lebenswertes Bayern

Der Einsatz für eine lebenswerte Umwelt, der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen sowie eine ökologische, nachhaltige und gerechte Nutzung der Ressourcen sind für DIE LINKE untrennbar mit der sozialen Umgestaltung unserer Gesellschaft verknüpft. Der Kampf um eine soziale und solidarische Gesellschaft ist ohne das Ringen um eine ökologische, menschen- und tiergerechte Perspektive nicht mehr denkbar.

Die wichtigste Bedrohung für die Umwelt weltweit ist der fortschreitende Klimawandel.

Gelingt es nicht, die Erderwärmung auf höchstens zwei Grad über vorindustrielles Niveau zu begrenzen, werden die ökologischen, sozialen und nicht zuletzt auch wirtschaftlichen Folgen katastrophal sein. Zudem stößt der steigende Verbrauch endlicher Ressourcen zunehmend an deren Grenzen.

Das Bundesland Bayern liegt in einem der größten Industriestaaten der Erde. Als solches muss es Verantwortung für die Zukunft unseres Planeten übernehmen. Doch stattdessen fördert die CSU-Staatsregierung Scheinlösungen und Hochrisikotechnologien wie die Atomwirtschaft, die Agro-Gentechnik oder die Abscheidung und unterirdische Verpressung von CO₂-Kraftwerksemissionen.

DIE LINKE will, dass die biologische Vielfalt bewahrt, und möglichst wieder hergestellt wird. Eine weitere Zerstörung der bayerischen Landschaften muss verhindert werden.

Natur und Landschaften schützen

Bayern hat eine vielgestaltige, in einigen Regionen auch einzigartige Naturlandschaft. Sie reicht vom Frankenwald über die bayerischen Seen bis hin zu den Alpen. Die Menschen in Bayern sind mit diesen Regionen tief verbunden. Diese Landschaften sind bedroht. Zunehmende Flächenversiegelung, Intensivlandwirtschaft, Schadstoffeinträge der Industrie, Zerschneidung von Naturräumen, Verkehrsemissionen, Lärm und teilweise auch touristische Übernutzungen schädigen Landschaften und Biotope. Zunehmend setzt der Klimawandel den heimischen Arten zu.

Die Anzahl der unzerschnittenen verkehrersarmen Landschaftsräume in Bayern ist seit 1975 um die Hälfte zurückgegangen. Das Spektrum unterschiedlicher Lebensräume hat abgenommen. Damit zusammenhängend ist ein deutlicher Rückgang der Artenvielfalt zu verzeichnen. Insbesondere die Tierarten der Offenlandschaften, wie Feld- und Wiesenbrüter, sind betroffen.

Die Flüsse haben unter Wasserstraßenprojekten und wasserbaulichen Maßnahmen gelitten. Nur 12,5 Prozent der natürlichen Gewässer Bayerns sind nicht oder gering verbaut.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

- den Anteil von Schutzgebieten an der Landfläche von gegenwärtig 13,5 Prozent auf 20 Prozent zu erhöhen und die bestehenden und neu zu schaffenden Schutzgebiete großräumig miteinander zu vernetzen,

- Anreize zu schaffen, um den zusätzlichen Flächenverbrauch für Verkehrs- und Siedlungsflächen zu stoppen sowie Entsiegelungen attraktiv zu machen,
- die gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft zu erhalten, die Düngemittelverordnung besser zu überwachen und den ökologischen Landbau stärker zu fördern,
- die bestehenden Arten- und Biotopschutzprogramme stärker am sich vollziehenden Klimawandel auszurichten sowie Programme zum Schutz vor Bergrutschen infolge des Auftauens des Permafrostbodens in den hochalpinen Gebieten aufzulegen,
- am beschlossenen, umweltschonenden Donaubau festzuhalten und eine »Donauwelle rückwärts« durch den Bezirk Niederbayern und die Bayerische Staatsregierung zu verhindern.

Abfallwirtschaft

Das Abfallaufkommen in Bayern hat sich seit 1990 kaum verändert. Es liegt bei jährlich 490 kg je Einwohner. Die Verwertung dieser Abfälle liegt zwar mit 71 Prozent rechnerisch auf einem hohen Niveau; sie besteht jedoch zumindest bei den Restabfällen jenseits des gelben Sacks fast ausschließlich in der Verbrennung, der so genannten energetischen Verwertung.

Im Gegensatz beispielsweise zu Niedersachsen oder den neuen Bundesländern hatten in Bayern mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlagen (MBA) bislang keine Chance. Dabei sind sie für die Bürgerinnen und Bürger preiswerter und lassen sich im Gegensatz zu Müllverbrennungsanlagen dezentral in kleineren Anlagen betreiben. Das vermindert Transportwege. Zudem liefern die MBA nach der Verrottung oder Vergärung der Abfälle zu ca. zwei Dritteln ein bodenähnliches Substrat und zu einem Drittel heizwertreiche Stoffe, die zur Energiegewinnung genutzt werden können. Zahlreiche Bürgerinitiativen kämpfen gegen so genannte Ersatzbrennstoff-Kraftwerke. Sie befürchten aufgrund der oft gewaltigen Dimensionen der Anlagen zu Recht Mülltourismus. Darüber hinaus rechnen sie damit, dass die zulässigen Immissionsgrenzwerte voll ausgeschöpft werden. Zudem besteht die Gefahr, dass Wertstoffe, die eigentlich recycelt werden könnten, bei steigenden Energiepreisen künftig in Kraftwerken landen. Dies wäre ein Bärendienst an der Kreislaufwirtschaft.

Die Mehrwegquote bei Getränkeverpackungen ist bundesweit dramatisch gesunken. Bei alkoholfreien Getränken von rund 70 Prozent in den siebziger Jahren auf unter 30 Prozent im vergangenen Jahr. Das schadet nicht nur der Umwelt, sondern kostet auch jede Menge Arbeitsplätze in der Getränkewirtschaft, vor allem bei den kleinen bayerischen Brauereien.

DIE LINKE fordert:

- ein Gesamtkonzept zur Vermeidung von Müll und zur Verringerung des Müllaufkommens,
- eine Bundesratsinitiative zur Einführung einer Abgabe auf Einweg-Getränkeverpackungen, um den Mehrweganteil anzuheben,
- Vorrang für mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlagen (MBA) bei der Müllbeseitigung.

Wasser und Abwasser

Die Bayern haben in den vergangenen Jahren Wasser gespart. Die Qualität des Trinkwassers ist dank eines flächendeckenden Trinkwasserschutzes überwiegend von sehr guter Qualität. Das System kleinteiliger Wasserversorgung durch eine Vielzahl von Wasserbetrieben, die sich überwiegend in kommunaler Hand befinden, hat sich bewährt. Das gegenwärtige System der Wasserversorgung muss gegen alle Versuche, die Wasserwirtschaft zu liberalisieren und privaten Profitinteressen zugänglich zu machen, verteidigt werden. Neue Formen der interkommunalen Zusammenarbeit können die Qualität der Dienstleistungen im Bereich Wasser und Abwasser verbessern.

DIE LINKE fordert:

- keinerlei Privatisierung bei der Wasserwirtschaft,
- die Bekämpfung aller Formen von Korruption bei der Vergabe von Bauaufträgen für Kläranlagen, Leitungsnetzen und anderen öffentlichen Vorhaben.

Verkehr

Die Mobilität aller Menschen in Bayern muss sichergestellt sein. Für Arme wie für Reiche, für Großstädte wie für ländliche Regionen, für Menschen mit und ohne Auto. Im Mittelpunkt linker Verkehrspolitik stehen die Menschen, nicht Autos oder Flugzeuge.

Die maßgebliche Beeinflussung der Verkehrspolitik durch die Automobilkonzerne muss gerade in Bayern thematisiert werden. Die CSU-Landesregierung scheint eher Sachwalter der Interessen der Aktieninhaber der Automobilkonzerne zu sein als verantwortlich für die Zukunftsinteressen der Bevölkerung.

Linke Verkehrspolitik setzt auf eine starke Gemeinwohlverantwortung des Staates. Die öffentliche Hand finanziert seit vielen Jahren die Verkehrsnetze und sichert durch Milliardenbeträge, dass Mobilität erst möglich wird. Diese Verantwortung und die bereits erbrachten Vorleistungen dürfen nicht privatisiert werden.

Verkehrspolitik der CSU in Bayern heißt: größer schneller, weiter. Mehr Autobahnen, mehr Prestigeprojekte ohne verkehrspolitischen Nutzen, mehr Landschaftszerstörung, mehr Lärm. Gleichzeitig kürzte die CSU die Landesmittel für Bus und Bahn, sowohl direkt wie auch indirekt über den Bundesrat und die Bundesregierung. Trotz erheblicher Mehreinnahmen durch die Mehrwertsteuererhöhung wurden im Nahverkehr die Regionalisierungsmittel gekürzt und die Busförderung gestrichen.

Auch wenn der öffentliche Verkehr Vorrang haben muss, ist für viele Menschen Mobilität nur mit dem Auto möglich. Um dieses Mobilitätsbedürfnis auch zukünftig befriedigen zu können, braucht es neue, effizientere und schadstoffarme Technologien für das Automobil.

Der Einsatz von Agrotreibstoffen ist keine Alternative zur Senkung des CO₂-Ausstosses. Anbauflächen von Energiepflanzen werden in den Entwicklungsländern auf Kosten von Regenwäldern und Mooren geschaffen. Anbau und Verarbeitung setzen neben CO₂ auch die Treibhausgase Methan und Lachgas frei. Agrotreibstoffe sind mitverantwortlich für Hunger, Armut und Artensterben.

Auch die Binnenschifffahrt kann in Europa zu einer Verlagerung von Gütern weg von der Straße beitragen. Auf bestehenden Achsen wie beispielsweise dem Main ist Binnenschifffahrt als Erschließung von Industriezentren sinnvoll. Dies darf jedoch nicht bedeuten, dass aus lebendigen Flüssen betonierete Kanalbecken werden.

DIE LINKE tritt in Bayern wie auf Bundesebene für eine grundlegende Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans ein. Soziale, raumordnerische und ökologische Belange sind mindestens gleichwertig zu betrachten. Modernisierung und Sanierung vorhandener Infrastruktur müssen Vorrang vor Neubau haben.

DIE LINKE fordert:

Beim öffentlichen Verkehr:

- keine Privatisierung der Deutschen Bahn AG,
- kein Neubau der Hochgeschwindigkeitsstrecke Nürnberg–Erfurt,
- die vorhandene Schieneninfrastruktur zu modernisieren, auszubauen und zu erweitern; dies gilt für Fernverkehrsverbindungen (wie z.B. München–Salzburg oder Nürnberg–Prag) sowie die verkehrstechnische Erschließung und Einbindung aller bayerischen Regionen (wie z.B. die Elektrifizierung Regensburg–Hof oder München–Lindau),
- den Ausbau der Regionalnetze der Bahn,
- die Reaktivierung stillgelegter Strecken (wie z.B. nach Wasserburg am Inn oder im Höllental),
- den Aufbau von Regio-Tramnetzen und Stadtumlandbahnen, insbesondere in Regionen und Städten wie Erlangen, Würzburg, Regensburg oder Passau; den flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs,
- die Schaffung von Rufbussen und Anrufsammeltaxis, die in Gebieten mit einem geringem Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln die Versorgung sicherstellen,
- eine bessere Verknüpfung aller Verkehrsträger untereinander, unter Einbeziehung des PKW-Verkehrs,
- verbindliche Fahrgastreue für ganz Bayern. Bei den derzeitigen freiwilligen Vereinbarungen haben die Fahrgäste nur in fünf Prozent der Fälle überhaupt einen Anspruch,
- bezahlbare öffentliche Verkehrsmittel; für sozial Schwächere soll ein landesweites Sozialticket eingeführt werden.

Beim Flugverkehr:

- keine dritte Startbahn beim Flughafen München. Die vorhandene Infrastruktur ist für bayerische Verhältnisse mehr als ausreichend – viele Umsteigerverkehre sind schlicht unsinnig oder unnötig. Der Flughafen München muss und darf nicht zum fünften globalen Drehkreuz in Mitteleuropa mutieren,
- keine Erweiterung des Nürnberger Flughafens und kein weiterer Ausbau von Regionalflugplätzen. Gerade auf Kurzstrecken gibt es durch andere Verkehrsträger bessere Alternativen,

- die Kerosinzuschüsse für den Münchner Flughafen umgehend abzuschaffen,
- Steuersubventionen für Kerosin müssen abgebaut werden.

Beim Straßenverkehr:

- kein weiterer Neubau von Autobahnen und Fernverkehrsstraßen,
- Straßenneu- und ausbauten, wie z.B. Ortsumfahrungen, sollen nur dann realisiert werden, wenn durch diese Maßnahme eine erhebliche Entlastung erreicht und dem Naturschutz Rechnung getragen wird,
- die Förderung Kraftstoff sparender Fahrzeuge,
- keine Beimischungsquote für Agrotreibstoffe,
- ein Tempolimit auf allen bayerischen Autobahnen,
- mehr Verkehrssicherheit – wir wollen den Ansatz von »Vision Zero« auch in Bayern umsetzen,
- eine Änderung der Stadtentwicklungspolitik, um unnötigen Verkehr möglichst zu vermeiden,
- die Förderung der gemeinschaftlichen Nutzung von Autos, wie Carsharing oder Pendlernetze.

Beim Güterverkehr:

- Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene. Stärkere Finanzierung des Gleisanschlussprogramms. Neue Gewerbe- und Industriegebiete dürfen nur noch in der Nähe von Bahnstrecken entstehen bzw. müssen durch die Schiene erschlossen werden,
- die Ausdehnung der LKW-Maut auf alle bayerischen Straßen und auf alle Lastkraftwagen – niedrigere Kosten für die Nutzung der Schiene als für die Straßenmaut,
- »Monster-Trucks« (extralange und extraschwere LKW) auf Bayerns Straßen nicht zuzulassen.

Bei der Binnenschifffahrt:

- die Anpassung der Schifffahrt an die natürlichen Gegebenheiten,
- den schonenden Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen ohne Kanalisierung und Staustufen.

Transrapid

Das jähe Ende des Prestigeprojektes der Bayerischen Staatsregierung erhellt, was es bedeutet, wenn die CSU mit 50 Prozent plus X unser Land regiert: Nicht die Einsicht in den verkehrspolitischen, ökologischen und auch ökonomischen Unsinn des Projektes hat die CSU zu einer Kehrtwende veranlasst. In erster Linie war es die Furcht vor einer herben Abfuhr durch die bayerische Bevölkerung bei dem von einem breiten Bündnis getragenen Volksbegehren gegen den Transrapid kurz vor den Landtagswahlen. Die von 1,85 auf über drei Milliarden gestiegenen Kosten boten der CSU-Führung schließlich einen Anlass, unter Verweis auf diese Kostensteigerung von

ihrer eigenen Fehleinschätzung abzulenken. Auch mit »nur« 1,85 Milliarden Euro wäre das Verkehrsprojekt blanker Unfug gewesen. Im Bündnis »Nein zum Transrapid« hat DIE LINKE mit vielen Organisationen der Zivilgesellschaft und anderen bayrischen Oppositionsparteien dazu beigetragen, das Land vor großem Schaden zu bewahren.

Gegen Patente auf Software

DIE LINKE in Bayern ist gegen die Patentierbarkeit von »Software als solcher«, wie es auch im Europäischen Patentübereinkommen von 1973 festgelegt ist.

Patente auf Software bedeuten eine Monopolisierung von Fortschritten in Mathematik und Wissenschaft, meistens zugunsten großer, finanzstarker Konzerne.

Patente auf Software gefährden die freie Entwicklung der Wissensgesellschaft und haben negative Folgen für die Innovationsfähigkeit und die volkswirtschaftliche Entwicklung; außerdem behindern oder verunmöglichen sie die Herstellung von Open-Source-Software.

Die Linke in Bayern

- lehnt Softwarepatente ab,
- fordert die verstärkte Nutzung frei zugänglicher Software in der öffentlichen Verwaltung,
- fordert den vorrangigen Einsatz frei zugänglicher Software im öffentlich geförderten Bildungssektor,
- setzt sich für eine verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung freier Software ein.

Klima- und Energiepolitik

Eine ausschließlich auf Profitinteressen orientierte Energiepolitik bedroht unser Klima und unsere Umwelt unmittelbar.

Neben den direkten Umweltwirkungen wird der Klimawandel in armen Ländern schwere Konflikte nach sich ziehen, beispielsweise aufgrund notwendig werdender Umsiedelungen oder im Kampf ums Wasser. Damit werden bereits bestehende soziale Konflikte und religiös motivierte Auseinandersetzungen verschärft.

Aber auch in unserer Heimat sorgen sich viele Menschen darum, ob sie sich auch im nächsten Monat noch Strom, Gas und Heizung leisten können.

Insofern ist unser Engagement für erneuerbare Energien, Energieeinsparung und umweltfreundliche Mobilität in Bayern nicht nur Umweltpolitik, sondern auch Friedens- und Solidaritätsarbeit.

Der noch von der rot-grünen Regierung mit der Atomlobby ausgehandelte so genannte Atomausstieg verdient den Namen nicht. Er bedeutet schlicht eine Sicherung des Betriebs der Atommeiler in den nächsten 20 Jahren – und wo möglich darüber hinaus.

Doch selbst diese Begrenzung will die CSU aushebeln. Sie schürt die Ängste vor einer vermeintlichen Energielücke und macht den Klimaschutz zum Vehikel für die Atomlobby. Zahlreiche bedrohliche Störfälle auch in deutschen Atomanlagen haben gezeigt, dass die Energieerzeugung durch Kernspaltung nicht zu beherrschen ist. Hinzu kommen Gefahren durch Zwischenlagerung, Wiederaufbereitung, Atommüll-Transporte und die völlig ungelöste Frage der Endlagerung.

DIE LINKE fordert einen beschleunigten und konsequenten Ausstieg aus der Atomenergienutzung. Die zukünftige Energieversorgung basiert auf dem cleveren Umgang mit Energie. Halbieren wir den Verbrauch bei Strom, Wärme und Kraftstoffen, kann der verbleibende Bedarf mit den erneuerbaren Energien gedeckt werden. Die zusätzlichen Vorteile der Energiewende liegen auf der Hand: geringere Importabhängigkeit bei fossilen und nuklearen Brennstoffen, mehr wirtschaftliche Wertschöpfung in Deutschland und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Geopolitisch wäre eine Abkehr von der fossil-nuklearen Energieversorgung ein wichtiger Beitrag zur Friedenssicherung.

DIE LINKE in Bayern unterstützt die »Energievision Bayern« der Umweltverbände, nach der der Energieverbrauch im Freistaat bis 2030 halbiert werden soll. Unabhängig davon muss gelten, dass das Ziel »100 Prozent erneuerbare Energien« möglichst schnell erreicht und am Atomausstieg festgehalten wird. Die Politik hat dafür die geeigneten Rahmenbedingungen zu schaffen: Neben der Förderung erneuerbarer Energieträger und der Speichertechnologie Energiesparprogramme, Einführung intelligenter Stromzähler, Förderung der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung und Aufbau der dafür notwendigen Netzstrukturen.

Auch wenn man davon ausgeht, dass der Energieverbrauch bis 2020 bei einer aktiven Einsparpolitik spürbar sinken wird, können konventionelle Energieträger nur zum Teil durch regenerative innerhalb Bayerns ersetzt werden. Deren Anteil am Endenergieverbrauch liegt gegenwärtig bei 10 Prozent. Ein Neubau von Kohlekraftwerken als Ersatzkapazitäten wäre dagegen ein Weg in die Vergangenheit und ein Schlag gegen den Klimaschutz.

DIE LINKE wird im Landtag dafür eintreten, dass die Energieversorgung wieder zunehmend in die öffentliche Hand kommt. Es gilt, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Rückkauf von Stadtwerksanteilen von E.ON oder anderen Energieversorgungsunternehmen befördern. Die Bayerische Staatsregierung muss die Bundesregierung auffordern und unterstützen, die Übertragungsnetze eigentumsrechtlich von den Stromkonzernen zu trennen und in geeigneter öffentlicher Form zu übernehmen.

DIE LINKE stemmt sich dagegen, ärmere Haushalte von einem angemessenen Wärme- und Stromverbrauch auszuschließen. Sie fordert von den Stromversorgern Sozialtarife für Haushalte mit niedrigem Einkommen oder die Einführung kostenloser Grundkontingente.

Der Ausstieg aus Atomenergie ist für Bayern eine große Chance. Das Land muss sich als Innovationsmotor für Energieeffizienz, regenerative Energien und moderne Energiemanagementsysteme profilieren. DIE LINKE Bayern setzt sich für die schnellstmögliche Umrüstung des Garchingener Forschungsreaktors FRM II ein. Der bisherige Reaktorbetrieb mit HEU (high enriched uranium), d.h. mit waffenfähigem Uran, muss auf nicht atomwaffenfähiges LEU (low enriched uranium) umgerüstet werden.

DIE LINKE fordert, die bayerische Energie- und Verkehrsforschung an den Zukunftsaufgaben zu orientieren, statt Forschungsgelder für Prestigeprojekte (wie z.B. beim gescheiterten Transrapid) zu verschwenden.

Im Hinblick auf das europäische Emissionshandelsystem tritt DIE LINKE in Bayern dafür ein, schnellstmöglich die kostenlose Vergabe der wertvollen Zertifikate an die Stromversorger zu beenden. Denn die Versorger preisen den Marktwert der ihnen geschenkten Emissionsrechte in den Strompreis ein und erzielen so Sondergewinne in Milliardenhöhe.

DIE LINKE fordert entsprechende Programme für:

- die Einsparung von Energie durch intelligente Erzeugung, Verbrauchsvermeidung und steigende Energieeffizienz von Maschinen und Geräten,
- die Einführung intelligenter Stromzähler, Förderung von Speichertechnologien und dezentraler Netzstrukturen,
- die Verbesserung und Modernisierung der Raumheizung und Warmwasserbereitstellung sowie der Wärmedämmung nicht nur bei Neubauten, sondern auch im Gebäudebestand,
- die Ausschöpfung der Potenziale der Windkraft, Photovoltaik, Sonnen- und Erdwärme, der Biomasse und der Kraft- Wärme- Kopplung.

Dem Dorf eine Zukunft geben

Die ländlichen Gebiete umfassen mehr als 80 Prozent der bayerischen Landesfläche. Hier wohnen mehr als die Hälfte der rund 12 Millionen Bürger des Freistaates. Leider fallen Postkartenidylle und Lebenswirklichkeit von Jahr zu Jahr weiter auseinander. Postämter wurden geschlossen, der DSL-Ausbau hat sich auf die Ballungsräume konzentriert. Mit der auch von der Bayerischen Landesregierung angestrebten Privatisierung der Bahn droht weiten Teilen Bayerns die Abkoppelung vom öffentlichen Personennahverkehr. Auch im Bereich von Schule, Verwaltung und Gesundheitsvorsorge wird der ländliche Raum zunehmend benachteiligt. Hauptschulen und Kindergärten werden zentralisiert, Verwaltungsaufgaben vom Land in die Städte wegreformiert, Krankenhäuser und Arztpraxen geschlossen.

Dabei garantieren das deutsche Grundgesetz und die bayerische Verfassung allen hier lebenden Menschen gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Die bayerische LINKE hält an diesem Anspruch der Politik fest und tritt für einen solidarischen Ausgleich der räumlichen Unterschiede ein. Dazu trüge auch die in unserem Steuerkonzept geforderte deutliche Erhöhung und Verstetigung der Einnahmen strukturschwacher Kommunen bei.

DIE LINKE setzt sich in Bayern für eine Stärkung des ländlichen Raumes ein, Infrastruktur muss vor Rendite gehen. Öffentliche bzw. genossenschaftliche Formen z.B. zum Betrieb von Einkaufsläden im Dorf, Breitbandnetzen, Dorfbussen usw. sind vom Freistaat verstärkt zu unterstützen.

Für einen ökologisch orientierten Landbau – gegen Gentechnik

Die bisherige Landwirtschaftspolitik stört unser Umweltgleichgewicht. Ein ökologisch orientierter Landbau trägt hingegen zum Gewässerschutz bei, erzeugt weniger Treibhausgase und ist in der Lage, diese zu binden. Erhält die Artenvielfalt und bewahrt die kleinteilige, reich strukturierte Kulturlandschaft.

Die Nachfrage nach gering belasteten, ökologisch erzeugten Lebensmitteln steigt. Der Bedarf wird nur zu einem geringen Teil durch die inländische Landwirtschaft gedeckt.

Zwei Entwicklungsperspektiven für die bayerische Land- und Forstwirtschaft wollen wir besonders fördern:

- den Umbau der Förderung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe hin zu umweltverträglicheren Produktionsformen,
- die Stärkung und den Ausbau der landschaftspflegerischen Aktivitäten nach den örtlichen Gegebenheiten, z.B. Almwirtschaft, grüne Fluss-Auen, Bannwald.

Agro-Gentechnik ist eine Risikotechnologie, die nicht gebraucht wird und deren Anwendung unbedingt verhindert werden muss. Der behauptete Nutzen steht in keinem vertretbaren Verhältnis zu den ökologischen und gesundheitlichen Risiken transgener Organismen.

DIE LINKE Bayern lehnt die Agro-Gentechnik und Patente auf Lebewesen ab.

Die Agro-Gentechnik würde zu einer extremen Abhängigkeit der Bauern von den global agierenden Chemie- und Pharmakonzernen führen, für die Profit und Marktmacht im Vordergrund stehen. Horrende Lizenzgebühren würden nicht nur von den Nutzern des patentierten Saatgutes verlangt, sondern auch von Bauern, deren Felder durch Auskreuzung kontaminiert wurden. Ein weiterer Schritt zur globalen Beherrschung des Ernährungssektors ist die von den Chemie- und Pharmakonzernen forcierte Patentierung von Schweine-Genen.

Als Sofortmaßnahme brauchen wir einen wirksamen Schutz für die agro-gentechnikfreie Landwirtschaft. Die Interessen der Nichtanwender und Imker müssen geschützt werden.

DIE LINKE setzt sich für eine soziale und ökologische, also nachhaltige Landwirtschaft ein, die regionale Wertschöpfung befördert, existenzsichernde Arbeitsplätze schafft und im Sinne einer gerechteren Welthandelsordnung agiert.

Die für die Landwirtschaft gezahlten Subventionen werden heute undurchsichtig und unvernünftig zugleich verteilt. Subventionen müssen die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum sicherstellen sowie landschaftspflegerischen Leistungen, wie z.B. die Almbewirtschaftung, honorieren, sie dürfen nicht als Mittel des internationalen Preiskampfes eingesetzt werden.

Die Umverteilung von EU-Mitteln aus der Direktförderung der Betriebe (Säule 1) in die Förderung des ländlichen Raumes (Säule 2) ist, abgesehen von den so genannten Agrarumweltmaßnahmen, nur dort sinnvoll, wo Veränderungen zu mehr Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit beitragen und die Landwirte von der zurzeit unerträglichen Bürokratie entlasten.

Für die landwirtschaftliche Sozialversicherung bringt der Strukturwandel in der Landwirtschaft große Probleme. Dieses bisher eigenständige System muss in die allgemeine gesetzliche Sozialversicherung integriert werden.

DIE LINKE fordert:

- die Stärkung des ökologisch orientierten Landbaus,
- eine verstärkte regionale Vermarktung von Agrarprodukten,
- die sofortige Umsetzung der EU-Richtlinie zur Einführung der Transparenz über die ausgezahlten Fördermittel in der Landwirtschaft,
- die Eingliederung der bisher selbständigen Sozialversicherung für Landwirte in die gesetzliche Sozialversicherung,
- die Verhinderung des Anbaus von gentechnisch verändertem Saatgut,
- die Ausweitung von Anbauflächen für Agro-Kraftstoffe nur in einem vernünftigen Maß auf lokaler Ebene.

Bayerns Wälder – Kulturgüter, Naherholungsgebiete und Wirtschaftsfaktoren

Für den Schutz von Wasser, Luft und Boden haben die bayerischen Wälder eine herausragende Bedeutung. Durch Monokulturen und die ausschließlich gewinnorientierte Bewirtschaftung ist ihr Zustand besorgniserregend.

DIE LINKE tritt für eine nachhaltige und ökologische Bewirtschaftung der bayerischen Wälder ein. Ziel linker Politik ist die Erhaltung einer flächendeckenden Land- und Forstwirtschaft sowie die Gewinnung von Einkommensalternativen für die Land- und Forstwirte. Die landwirtschaftliche Produktion hat sich an den lokalen Standortbedingungen und den Bedürfnissen der Menschen orientieren.

DIE LINKE fordert:

- die Privatisierungen von Staats- und Kommunalwäldern abzulehnen – ein rein gewinnorientierter Waldbau gefährdet unsere Lebensgrundlagen,
- die Förderung des Anbaus nachwachsender Rohstoffe für Verarbeitung und energetische Nutzung auf lokaler Ebene,
- die Förderung von Naturschutz- und Landschaftspflegemaßnahmen,
- die Förderung der Land- und Forstwirtschaft als »Motor für die Entwicklung ländlicher Räume« und des Tourismus.

Tierschutz – Ein Gebot der Menschlichkeit

DIE LINKE setzt sich für eine artgerechte Tierhaltung ein. Nutztiere müssen ihr angeborenes Verhaltensrepertoire ausleben können. DIE LINKE unterstützt die Forderung nach einem Tierschutz-TÜV als einheitliches Prüf- und Zulassungssystem für Tierhaltungssysteme in der Landwirtschaft.

DIE LINKE fordert die Förderung von Forschung und den Einsatz von Methoden, die Tierversuche ersetzen. Wir setzen uns für ein Verbandsklagerecht von Tierschutzorganisationen ein. Bisher können nur Tierhalter oder Tiernutzer, wie z.B. Experimentatoren, gegen Tierschutzaufgaben klagen. Das heißt, es kann nur klagen, wer weniger Tierschutz durchsetzen will. Mit einem Verbandsklagerecht könnte die Einhaltung geltender Tierschutzbestimmungen gerichtlich geprüft und durchgesetzt werden.

Wild lebende Tiere sind eine Bereicherung für Bayern. Die Wiederansiedlung ausgerotteter Tierarten ist möglich und sinnvoll. DIE LINKE fordert ein vorausschauendes Wildtiermanagement, mit dem die Bedürfnisse von Mensch und Tier ausbalanciert werden. Tiere wie der Biber und der Kormoran müssen weiterhin geschützt werden. Die gegenwärtig praktizierten großzügigen Ausnahmegenehmigungen zum Fangen und Töten von Bibern und Kormoranen lehnt DIE LINKE ab.

DIE LINKE fordert:

- eine artgerechte Tierhaltung durch Ausbau der Ställe, ausreichenden Platz sowie genügend Bewegungsmöglichkeiten – Anbindehaltung für Milchkühe, Spaltenböden für Schweine und Käfighaltung von Geflügel, auch so genannte Kleinvolieren, sind damit nicht vereinbar,
- Schlachtiertransporte, die nicht selten durch ganz Europa und darüber hinaus gehen, zu stoppen und Tiere grundsätzlich am nächstgelegenen Schlachthof zu schlachten,
- das Verbot von Tierversuchen für Inhaltsstoffe von Kosmetika und für die Tabakindustrie,
- Kennzeichnungspflicht auch für Flüssigei- und Eiprodukte,
- das Verbot der Einfuhr und des Handels von wild gefangenen Vögeln aus aller Welt – nicht nur für in der EU gefangene Wildvögel.

Für den Frieden – gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und die weitere Militarisierung Bayerns

Die CSU ist seit langem eine treibende Kraft der Militarisierung Deutschlands. Der frühere bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß spielte dabei, nicht zuletzt in seiner Funktion als Bundesminister, eine bedeutende Rolle. Das Land Bayern und die bayerischen Abgeordneten im Bundestag – mit Ausnahme derer der Fraktion DIE LINKE – befürworten bis heute die deutsche Beteiligung an den weltweit geführten Angriffskriegen der USA und der NATO.

In der Innenpolitik gehören Scharfmacher wie Günter Beckstein zu den politischen Kräften, die eine Verwischung der Trennung von polizeilichen und militärischen Aufgaben als sicherheitspolitische Errungenschaft verkaufen wollen.

Bayern ist die große Rüstungsschmiede Deutschlands. Der Panzerbauer Krauss-Maffei rüstet nicht nur die Bundeswehr aus. Deutsche Panzer sind ein Exportschlager. Sie werden an 21 Staaten – zum Teil in Krisen- und Kriegsregionen – geliefert. EADS in der Nähe Münchens zählt zu den größten Rüstungsunternehmen. Zwar sind die Militärpolitik und die großen Rüstungsprojekte in erster Linie Sache der Bundesregierung, aber die bayerische Regierung steht an vorderster Front, wenn es um die Aufrüstung Deutschlands und die Kriegsfähigkeit der Bundeswehr geht. Friedenspolitik hat im Bayerischen Landtag bis jetzt keine Heimat.

Bayern stellt, noch vor Hessen und Rheinland-Pfalz, den größten Teil der militärischen Infrastruktur für die ca. 70.000 in Deutschland stationierten US-Soldaten zur Verfügung. Grafenwöhr in der Oberpfalz ist der größte US-Truppenübungsplatz in Europa. Hier wurden und werden Tausende von US-Soldaten für ihre Kampfeinsätze ausgebildet und anschließend an die Kriegsfront im Irak und in Afghanistan geschickt. Das 21.000 Hektar große Gelände wird derzeit für zusätzliche 3.000 Soldaten ausgebaut.

Im mittelfränkischen Ansbach will das US-Militär eine Hubschrauberbasis zur zentralen Drehscheibe seiner weltumspannenden Kriegseinsätze machen. Auf 150 Hektar Naturfläche soll ein zusätzliches umzäuntes Kasernenghetto für bis zu 2.100 Soldaten entstehen. Diese überdimensionierten Ausbaupläne würden die Vernichtung eines 50 Hektar großen Biotops, die Enteignung mehrerer Landwirte, Fluglärm und Luftverschmutzung durch die 112 Kampfhubschrauber und massive Steuergeldverschwendung bedeuten.

Bayern ist damit ein wichtiger Bestandteil der US-Kriegsmaschinerie und leistet Beihilfe zur Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen – auch wenn das gegen das Grundgesetz (Artikel 26) verstößt.

Die CSU-Staatsregierung unterstützt die seit vielen Jahren in München abgehaltene so genannte Sicherheitskonferenz, auf der NATO-Strategen ihre Planungen besprechen. Der bayerische Ministerpräsident lässt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konferenz regelmäßig nicht nur mit einem Gala-Diner politische

Unterstützung zukommen. Gleichzeitig werden Tausende bayerische Polizistinnen und Polizisten gegen diejenigen eingesetzt, die sich auf der Straße an Demonstrationen gegen die kriegerische Politik der NATO beteiligen.

DIE LINKE ist die einzige politische Partei, die im Bundestag ihre Stimme gegen die Kriegseinsätze der Bundeswehr erhebt, weil sie militärische Konfliktlösungen als Mittel internationaler Politik ablehnt. DIE LINKE begreift sich als Teil der Friedens- und Antikriegsbewegung und unterstützt alle Initiativen, die eine Rückkehr des Militarismus in das politische Repertoire der Bundesrepublik nicht hinnehmen wollen.

DIE LINKE:

- unterstützt den anhaltenden Bürgerprotest gegen Projekte wie z.B. die Hubschrauberbasis in Ansbach. Im Landtag werden wir uns mit Nachdruck für den Stopp solcher Ausbaupläne einsetzen,
- wird sich weiterhin dafür einsetzen, die Stationierungsrechte des US-Militärs in Deutschland zu kündigen,
- fordert die Beendigung der politischen Unterstützung der »NATO-Sicherheitskonferenz« in München,
- ist gegen die weitere Militärisierung der deutschen Innen- und Außenpolitik und fordert die Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr.

DIE LINKE will den Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit in Bayern
und endlich eine Opposition, die diesen Namen auch verdient.
Am 28. September 2008 deshalb mit allen Stimmen DIE LINKE wählen!
Prüfen Sie unsere Positionen, sprechen Sie mit uns,
lernen Sie uns kennen: DIE LINKE. Landesverband Bayern,
Schwanthalerstraße 91, 80336 München, Telefon 089/51 08 60 92,
www.die-linke-bayern.de